MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1923

367 (13.8.1923) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-212355

Montag, 13. August — Mittag-Ausgabe — Verkaufspreis M. 10000.— — 1923 — Nr. 367

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus und durch die Post ohne Bestellgeld monatlich Mark 130000.—, halbmonatlich Mark 65000.—. Nachforderung vorbehalten. Postscheckkonto Nr. 17590 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim, E 6, 2. — Geschäfts-Nebenstelle Neckarstadt, Waldhofstraße Nr. 6. Fernsprecher Nummer 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. — Erscheint wöchentlich zwölfmal

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung Grundpreis je Zeile M. 40000.—, Reklamen M. 160000.—. Alles andere laut Tarif. Annahmeschluß: Mittagblatt vormittags 8½ Uhr, Abendblatt nachmittags 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgab. wird keine Verantwort. übern. Höh. Gewalt, Streiks, Betriebsstörung usw. berechtig. zu keinen Ersatzanspr. für ausgefall. od. beschränkt. Ausgab. od. f. versp. Aufnahm. v. Anzeig. Auftr. d. Fernspr. oh. Gewähr. Gerichtsst. Mannheim

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Gesetz und Recht — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Die große Koalition im Reiche

Rücktritt des Kabinetts Cuno — Zustandekommen der großen Koalition
Stresemann bildet das Kabinett

Der Rücktritt des Reichskabinetts

Berlin, 13. August.

Reichskanzler Dr. Cuno hat am Sonntag nachmittag dem Reichspräsidenten die Demission des Reichskabinetts angezeigt. Der Reichspräsident nahm die Demission an und beauftragte in den späten Abendstunden Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts. Dr. Stresemann nahm den Auftrag an und wird versuchen, auf Grundlage der großen Koalition eine Regierung zu bilden.

Das Rücktrittsgesuch Cunos

Begründung mit der Notwendigkeit der großen Koalition

Reichskanzler Dr. Cuno hat dem Reichspräsidenten die Demission des Reichskabinetts mit folgendem Schreiben erklärt:

Herr Präsident! Als ich, Ihrem Rufe folgend, die Leitung der Regierung übernahm, gab ich der Ueberzeugung Ausdruck, daß angesichts des Ernstes der uns bevorstehenden Zeiten nur eine völlig einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte Deutschland vor schwerem Unheil bewahren werde. Während der seitdem verstrichenen fast neun Monate ließ ich mich bei der Führung der Politik stets von dem Bestreben leiten, der Verwirklichung jener Zusammenfassung aller Kräfte den Weg zu ebnen. In der Tat haben die Grundlinien der auswärtigen Politik der Reichsregierung, hat ihre Stellung im Ruhrgebiet und am Rhein, haben wichtigste wirtschaftliche und steuerliche Maßnahmen, wie unlängst das Gesetz zur Sicherung der Brotversorgung, die eben verabschiedeten Steuergesetze und die Aktion der großen wertbeständigen Anleihe die Zustimmung aller den Staatsgedanken bejahenden Kräfte gefunden. Der Wille der Nation, sich im Kampfe um Leben und Freiheit zu behaupten, kam darin zum klaren, einmütigen Ausdruck.

Aus der Entwicklung der letzten Tage habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß nach einer in weiten Kreisen der berufenen Vertretung des Volkes vorherrschenden Ansicht der entschlossene Wille zur Selbstbehauptung noch stärker und noch nachdrücklicher durch eine Regierung verkörpert würde, die, von einer Koalition großer Parteien gebildet, von einer starken, festen Mehrheit des Reichstags getragen ist.

Ich bitte daher, Herr Reichspräsident, mein Amt und die Aemter der Herren Reichsminister in Ihre Hände zurücklegen zu dürfen.

Die Forderungen der Sozialdemokratie

Wie wir erfahren, ist nach mehrstündiger Beratung am Samstag nachmittag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu dem Entschluß gekommen, für eine Stärkung der Regierung eventuell auf breiterer Grundlage einzutreten. Ferner wurde von der Fraktion beschlossen, jede Regierung zu unterstützen, die sich bereit erklärt, gewisse Forderungen der Sozialdemokratie zu erfüllen, wie z. B. Republikanisierung der Reichswehr, Währungsreform, Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, größte Aktivität in der Außenpolitik, unbedingte Einführung der Goldkredite und der Goldlöhne.

Die Vorgänge am Sonntag

Das Programm der großen Koalition — Kommende und gehende Männer — Stresemanns außenpolitische Haltung

(Von unserm Berliner Büro.)

Berlin, 13. August.

Am gestrigen Sonntag haben sich die politischen Ereignisse überstürzt. In einer Kabinettssitzung teilte der Reichskanzler mit, daß er mit Rücksicht auf den sozialdemokratischen Fraktionsbeschluß vom Samstag beschlossen habe, seine Demission zu geben. Das Gesamtkabinett schloß sich der Auffassung Dr. Cunos an, der dann nachmittags dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch überreichte. Die Führer der Parteien der Arbeitsgemeinschaft sowie der Sozialdemokratie teilten sodann dem Reichspräsidenten, der sie zu einer Konferenz zu sich berufen hatte, mit, daß über

das Programm der neuen Regierung

Einigkeit erzielt worden sei. Die Parteien der Arbeitsgemeinschaft haben das von den Sozialdemokraten aufgestellte Programm bis auf die Forderung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund angenommen. Als neuen Reichskanzler schlugen Arbeitsgemeinschaft und Sozialdemokratie dem Reichspräsidenten Dr. Stresemann vor. Dr. Stresemann wurde daraufhin von Ebert empfangen und mit der Kabinettsbildung betraut. Er nahm den Auftrag an und führte hierauf in der Reichskanzlei Verhandlungen mit den Parteien. Die Sozialdemokraten verlangten als stärkste Partei 4 Sitze im Kabinett, darunter mindestens ein politisches Ministerium und zwar das Innenministerium, für das sie den Abgeordneten Sollmann-Köln, dessen nationale Haltung im Ruhrkonflikt bekannt ist, präsentieren. Im übrigen läßt sich über die zukünftige Zusammensetzung des neuen Kabinetts im Augenblick näheres noch nicht sagen. Fest steht, daß Dr. Hilferding, der sich besonders für die Bildung der großen Koalition im Reiche eingesetzt hat, in das Kabinett eintreten wird und zwar als Finanzminister. Man nimmt ferner an, daß von den bisherigen Ministern der Arbeitsminister Brauns, der Reichspostminister Stingl und voraussichtlich auch der Reichswehrminister Geßler, den zu halten Stresemann entgegen den sozialdemokratischen Wünschen offenbar bemüht ist, im Amte verbleiben werden. Gewiß ist das Ausscheiden des bisherigen Außenministers Dr. v. Rosenberg und auch des Herrn Hermes, der drei Kabinette überlebt hat. Wie verlautet, gedenkt Stresemann das Amt des Auswärtigen selbst zu behalten. Einer Version, nach der der sozialdemokratische Abg. Robert Schmidt wiederum im Wirtschaftsministerium einzieht, möchten wir zunächst noch Zweifel entgegensetzen, ebenso wie der Behauptung, daß der sozialdemokratische Abg. Dr. Radbruch zum Nachfolger Heinzes im Justizministerium ausersehen sei. Als Staatssekretär der Reichskanzlei wird der Name des volksparteilichen Abg. v. Rheinbaben genannt.

Die große Koalition im Reiche

ist also über Nacht Wirklichkeit geworden. Wenn man auf die Reichstagsreden der letzten Wochen und die Parteiäußerungen, von denen sie begleitet waren, zurückschaut, so muß man feststellen, daß man bis zum Freitag nachmittag von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie einem Regierungswechsel durchaus abgeneigt gewesen ist. Erst als an diesem Tage sich die Wirtschaftslage äußerst bedrohlich zuspitzte, trat innerhalb der Sozialdemokratie der Umschwung ein. Angesichts der Gefahr eines wachsenden kommunistischen Einflusses auf die Massen, kam die Fraktion zu dem Beschluß, das Kabinett Cuno zu stürzen und allerdings gegen den heftigen Widerspruch derer um Levi, zur großen Koalition als einzigen Rettungsanker zu greifen. Die Sozialdemokratie hat aus einer Zwangslage heraus gehandelt, der man allenfalls Verständnis entgegenbringen kann. Es wäre aber eine Verdrehung der Tatsachen, die nicht geduldet werden darf, wenn jetzt in der den Sozialdemokraten nahestehenden Presse dieser Entschluß als ein Sieg des vaterländischen Pflichtgefühls über den Egoismus der Partei gefeiert und so aus der Not eine Tugend gemacht wird. Im Gegensatz zu den Wandlungen der Sozialdemokratie ist die Politik der Arbeitsgemeinschaft der Mitte in diesem letzten Stadium der Regierungskrise durchaus gradlinig gewesen. Man hatte bereits vor Beginn der Reichstagstagung den Willen bekundet, die Regierung Cuno mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage am Ruder zu erhalten. Die Parteien der Arbeitsgemeinschaft haben in Konsequenz dieser Politik auch noch am Freitag und Samstag einen Ausgleich herbeizuführen sich bemüht und sie haben erst, als durch den Fraktionsbeschluß der Sozialdemokratie das Verbleiben des Kabinetts unmöglich gemacht worden war, die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit mit der Sozialdemokratie und Bildung eines Koalitionskabinetts gegeben. Noch am Freitag hat Dr. Stresemann, wie er mitteilte, in der Hoffnung, die Regierung Cuno stützen zu können, sich ablehnend verhalten, als man bei ihm sondieren ließ, ob er zur Uebernahme der Regierung bereit sein würde. Er hat erst zugesagt, nachdem die schleunige Bildung einer Koalitionsregierung als einzig möglicher Ausweg aus der Krisis erschien. Daß Dr. Stresemann für die Nachfolge Cunos in erster Linie in Betracht kam, mußte sich jedem aufdrängen, der Stresemanns letzte Rede im Reichstag anzuhören Gelegenheit hatte. In ihr, die allgemein im Hause einen starken Eindruck hinterlassen hat, ist sehr viel gesagt worden, was aus dem Munde des Kanzlers zu vernehmen man damals hätte wünschen mögen. Welche staatsmännischen Fähigkeiten der bisherige Parteiführer und Parlamentarier, dessen taktisches Geschick auch seine Gegner zu schätzen wissen, an höchster, leitender Stelle entfalten wird, bleibt natürlich abzuwarten. Man wird sich hüten müssen, zu hochgespannte Erwartungen auf das neue Kabinett zu setzen, dessen Innenpolitik nach Erledigung der neuen Steuerreform eine Fortsetzung der bisherigen Politik bilden wird. Die Pariser Machthaber und ihre Presse, die in dem Sturze Cuno ein Vorzeichen des deutschen Zusammenbruchs zu sehen geneigt waren, und die ihre Ungeduld deshalb kaum zu zügeln vermochten, dürften sehr enttäuscht sein. Außenpolitisch wird sich an dem bisherigen Kurse nichts ändern und Dr. Stresemann, der enttäuschte Englandsfreund, dürfte, wie wir vermuten möchten, in weit stärkerem Maße als Dr. Cuno den Franzosen ein geschmeidiger, schlagfertiger und gefährlicher Gegner werden.

Wahrscheinlich wird sich das neue Kabinett heute Montag, wenn auch noch mit einigen Lücken, dem Reichstag vorstellen können. In diesem Falle wird die Abgabe der Regierungserklärung verbunden werden können mit der auf der Tagesordnung stehenden Beratung der Goldanleihe, damit keine Zeit verloren geht.

Die ersten Berliner Pressestimmen

Die Politik der neuen Regierung formuliert die „Vossische Zeitung" in folgenden klaren Worten: Aktive Außenpolitik zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage unter Wahrung der Integrität des Reiches und der Einheit der Nation. — Das Kabinett der großen Koalition hat nach dem „B. T." zuerst die Aufgabe, Vertrauen, Ruhe und Ordnung im Lande herzustellen. Nur eine Regierung, die auf festem Boden steht, erscheint dem Auslande als Faktor, mit dem zu rechnen ist. Sie hängt von der deutschen Arbeiterschaft ab. Aber man kann Hoffnung haben, wenn man sieht, mit wie ruhigem und klarem Verständnis ihr größter und bester Teil sich gegen die kommunistischen Umarmungen wehrt. Die Haltung des deutschen Volkes wird Poincaré, der auf einen Bürgerkrieg wartet, enttäuschen. Wenn aus der furchtbaren Krise statt Auflösung und Chaos eine neue Festigung herausgeht, wird er vielleicht doch begreifen, daß Deutschland noch zu leben gedenkt und lebt. — Die „Germania" stellt fest, daß ein Rücktritt des Kabinetts Cuno in keiner Weise an der Entschlossenheit Deutschlands und des Reichstages etwas ändert, den passiven Widerstand aufrecht zu erhalten. — Der „Vorwärts" bringt anläßlich des zehnten Todestages Bebels Aussprüche Bebels aus vier Jahrzehnten, von denen wir die wichtigsten wiedergeben: „Die Sozialdemokratie wird gegen jede fremde Gewalt Front machen, die deutsches Gebiet antastet". „Die arbeitenden Klassen sind an der Hochhaltung der deutschen Unabhängigkeit genau so interessiert wie die Herrscher. Sie würden ihren Nacken nicht unter eine fremde Herrschaft beugen." Die „Sozialdemokratie würde jeden Versuch, vom Vaterland Stücke preiszugeben, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bis zum letzten Atemzug zurückweisen." „Es gibt in Deutschland keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Mächten wehrlos preisgeben möchte."

Die Kundgebung des Reichspräsidenten zum Verfassungstag

Reichspräsident Ebert hat zum Verfassungstag folgende Kundgebung an das deutsche Volk erlassen:

In schwerer Bedrängnis, rückblickend auf ein Jahr des Leidens und Duldens und vorwärtsschauend in die dunkel vergangene Zukunft, begeht heute Deutschland seinen Verfassungstag. Jeder von uns kennt das ungeheure Ausmaß unserer Not und Bitterkeit, und dennoch: Wir wollen den besonderen Sinn dieses Tages nicht vergessen: Das deutsche Volk hat sich seine Verfassung gegeben, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. Diesen Willen wollen wir heute aufs neue bekunden und bekräftigen. Gerade auf den Tag sind heute sieben Monate vergangen, seit die Franzosen und Belgier in unser Land eingebrochen sind. Sie haben unsere fleißige Arbeit stillgelegt und schuldlose Menschen, jung und alt, verjagt, gepeinigt, gemartert und getötet. Sie haben unser redliches Bemühen, Unerfüllbares erfüllbar zu machen, in tiefe Erbitterung verwandelt. Etwas Gutes für sich und für Europa haben sie nicht erreicht, es sei denn, daß sie dies eine erreicht hätten: Nie noch so felsenfest, nie noch so innigen Glaubens wie jetzt sind wir Deutschen unserer Stammeszugehörigkeit uns bewußt geworden. Das Unglück verbindet. Mannesfaust schlägt ein in Mannesfaust, Frauenhand faßt Frauenhand: Deutsch sind wir und deutsch wollen wir bleiben. Wir blicken vergeblich in die Ferne. Schutz und Hilfe kommt nicht von dort. Die Begeisterung für das Recht scheint draußen schlafen gegangen zu sein. Wo sie schwach ist, fällt sie willkürlicher Gewalt nicht in den frevelnden Arm. Wir müssen uns selber helfen. Deutsche an Rhein, Ruhr und Saar, Ihr seid uns ein Beispiel, das uns immer wieder erheben soll. Verzagt nicht. Noch nie hat ein Sieger im Rausche seiner Macht recht behalten. Das lehrt die Weltgeschichte. Deutsche an allen freien Strömen des Vaterlandes, laßt Euch nicht von Kleinmut niederdrücken und von Selbstsucht leiten. Für Genußsucht und Luxus läßt die Not des Volkes keinen Raum. Fort daher mit all den häßlichen, die Darbenden aufreizenden Erscheinungen gedankenlosen Taumels! Seid Euch stets bewußt, daß der Kampf um Rhein und Ruhr auch von Euch gesteigerte Opferkraft und die Not der Stunde von allen Gliedern unseres Volkes selbstlose und große Leistungen verlangt! Regierung und Reichstag sollen Mut und Tatkraft zeigen und Entschlüsse finden, um durch eigene Kraftanstrengungen die Not dieser Tage zu meistern. Verzehrt Euch nicht in Zwietracht im Kampf der Sonderinteressen und in Markten und Feilschen, sondern helft! Für Eure Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr ist heute eine große Sammlung vorbereitet. Gebt auch hier mit vollen Händen. Bedenkt, daß mit Geld wenigstens um ein Geringes unseren gequälten Volksgenossen geholfen werden kann. Deutsche laßt das Ergebnis dieses Tages mitten in der Not ein unerschütterliches Bekenntnis sein, ein Bekenntnis zum einigen, unteilbaren und der Zukunft trotz allem ungebeugt entgegengehenden Deutschen Reiche und zur deutschen Republik. Das deutsche Volk hat in seiner harten Geschichte schwerere Zeiten bestanden. Es wird auch diese trübe Stunden überwinden, wenn es standhaft bleibt in treuem Zusammenhalten, Gemeinsinn, Ordnung, Arbeit und Opferwilligkeit.

Deutsches Reich

Die Koalition wünscht den Rücktritt Havensteins

Nach der „Montagspost" haben sämtliche Parteien der großen Koalition dem Reichsbankdirektorium den Wunsch nach einem Wechsel in der Reichsbankleitung übermittelt.

Die Steuervorlagen angenommen

Der Reichstag nahm am Freitag in zweiter und dritter Lesung sämtliche Steuervorlagen in einer Kompromißfassung gegen die kommunistischen Stimmen an.

Abg. Oberfohren (D.N.) gab für das Zentrum, die Deutschnationalen, die Demokraten, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei eine Erklärung ab. Diese Parteien bitten um debattelose, einstimmige Annahme der Kompromißvorlagen, die im Ausschuß einstimmig mit Zustimmung aller Parteien gegen die Kommunisten angenommen worden sind. Die Kompromißvorlage ergänzt die Steuervorlagen der Regierung durch eine Heranziehung der Landwirtschaft mit einer Belastung von je 1½ Goldmark für 2000 M. Wehrbeitrag auf 6 Monate und durch eine Lohnsummensteuer der Arbeitgeber mit dem Zweifachen der Lohnsteuer.

Erhöhung der Eisenbahntarife um 600 Prozent

Der Reichseisenbahnrat billigte die vorgeschlagene Aenderung des Berechnungsverfahrens der Fahrpreise im Personenverkehr und der Güterfrachten. Die Erhebungsbeträge sollen künftig mit Hilfe des Grundtarifs und einer Schlüsselzahl gebildet werden. Der Grundtarif wird möglichst selten zu ändern sein. Er ist zunächst unter Anlehnung an die gegenwärtigen Spannungsverhältnisse der einzelnen Tarifklassen annähernd in Höhe der Friedenstarife zu bilden. Die Schlüsselzahl wird so oft und jeweils so hoch festgesetzt werden müssen, daß dem grundsätzlichen Erfordernis der Balanzierung des Etats der Reichsbahn Rechnung getragen wird. Es ist anzustreben, eine möglichst einheitliche Schlüsselzahl im Reiche für die verschiedenen Verwaltungszweige festzusetzen, bei der der äußere und innere Wert der Mark zu berücksichtigen sind. Die Festsetzung der Schlüsselzahlen soll monatlich einmal in einer Sitzung des ständigen Ausschusses erörtert werden. Der Ausschuß billigt unter diesen Gesichtspunkten die Erhöhung der bestehenden Personentarife und Gütertarife je um 600 Prozent und die entsprechende Bildung der Grund- und Schlüsselzahlen auf einen möglichst frühzeitigen Termin. Nach eingehender Besprechung wurden die Anträge einstimmig angenommen. Die Neuregelung tritt am 20. August in Kraft.

MARCHIVUM

Die englische Note überreicht

Auch eine Note nach Berlin?

Die englische Note ist am Sonntag früh in Paris und Brüssel eingetroffen. Sie umfaßt 11 Druckseiten.

Aus zuverlässiger Stelle verlautet, daß gleichzeitig eine Note nach Berlin abgegangen sei, die eine Antwort auf die deutsche Note vom 7. Juni darstelle. Es wird versichert, daß in der englischen Note nicht die Aufforderung an Deutschland enthalten sei, den passiven Widerstand im Ruhrgebiet einzustellen.

Der angebliche Inhalt der Note an Frankreich und Belgien

Die Note Englands enthält, wie in gut unterrichteten Londoner Kreisen behauptet wird, eine Verurteilung der Ruhrbesetzung, die sie gestützt auf Artikel 18, Anhang 2, 8. Abschnitt des Versailler Vertrags als illegal bezeichnet, da Sanktionen nur in dem ursprünglich besetzten Gebiet und nur von allen Alliierten gemeinsam ergriffen werden dürften. Die englische Regierung lehnt es daher ab, bei der deutschen Regierung auf die Einstellung des passiven Widerstands zu drängen. Die Note besteht auf der Einberufung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit und erklärt schließlich, daß England getrennt auf die deutschen Vorschläge vom 7. Juni antworten werde, wenn es nicht möglich sei, eine gemeinsame Antwort mit den Alliierten abzusenden.

Wie aus London gemeldet wird, nennt man die englische Antwort, die in Frankreich und Belgien zugestellt werden, in unterrichteten Kreisen eine Art Propagandaschriftstück. Das englische Kabinett setze sich ausführlich mit der europäischen Politik auseinander. Es richte zugleich einen Aufruf an das Weltgewissen. Sobald die Note in die Hände des französischen Botschafters kommt, soll sie veröffentlicht werden. Die Note soll sich auch mit technischen Einzelheiten über die Auslegung des Versailler Vertrags und verschiedenen Finanzfragen beschäftigen. Sie enthält ferner vermutlich einen Abschnitt, der sich mit der Gesetzmäßigkeit der Ruhrbesetzung befaßt. Auch die Machtbefugnis der künftigen Sachverständigenkommission, die sowohl die deutsche Zahlungsfähigkeit wie die interalliierten Schuldenprobleme verarbeiten sollen, werden gehandelt.

Lord Robert Cecil ist nach seinem Besuche in Paris wieder in London eingetroffen. Er konferierte mit dem Ministerpräsidenten zwei Stunden. In unterrichteten Kreisen wird behauptet, Lord Cecil habe berichtet, Poincares Haltung zeige kein einziges Anzeichen dafür, daß Frankreich nur ein Jota von seinem Ruhr- und Entschädigungsprogramm abzulassen gedenke.

In einer besonderen

Das Weißbuch der englischen Regierung

Das Weißbuch der englischen Regierung wird heute Montag veröffentlicht werden, doch wird erklärt, daß aus dem Weißbuch ein Blaubuch werden soll. Das Buch wird aus folgenden Teilen zusammengestellt sein: 1) den deutschen Vorschlägen vom 7. Juni an die Alliierten, 2) dem englischen Antwortentwurf auf die zweiten deutschen Vorschläge, 3) dem Begleitbrief, der diesem Entwurf beigegeben worden war und den bekanntlich je nach den Ländern verschieden war, 4) den Antworten der Alliierten auf den Entwurf und auf die Begleitschreiben, 5) die englische Antwort an Frankreich und Belgien.

Aus dem Wortlaut der Note

Die vom 11. August datierte Note des britischen Staatssekretärs Lord Curzons an die Botschafter Frankreichs und Belgiens in London enthält 55 Paragraphen. Es wird darin u. a. nach einer Meldung des Wolffbüros ausgeführt:

Die aufrichtigste Enttäuschung wurde der englischen Regierung durch die Antworten verursacht, die sie unter dem 30. Juli seitens der französischen und der belgischen Regierung auf ihre Note vom 20. Juli mit dem Antwortentwurf für Deutschland empfing. Die Aufnahme dieser Vorschläge durch die beiden Regierungen läßt die englische Regierung unter dem peinlichen Eindruck, daß weder ihre Vorschläge von den Alliierten begrüßt, noch daß nach deren Ansicht ihre angebotene Mitwirkung eine Erwähnung verdient, außer unter der Bedingung, daß keinerlei Abweichungen in irgend einer Einzelheit gemacht werden von allem, was Frankreich und Belgien als ihren unabänderlichen (overriding) Ansichten und Entscheidungen bezeichnet haben. Allerdings scheint die belgische Antwort auf den ersten Blick hin weniger unnachgiebig zu sein, als die französische Note, aber bei genauer Prüfung zeigt sich, daß die Haltung der beiden Regierungen für alle praktischen Zwecke identisch ist, und daß die belgische Regierung, obgleich ihr Bestreben auf eine Fortdauer freundschaftlicher Unterredungen hinzudeuten scheint, dies nur unter der Bedingung geschehen lassen will, daß das Wesen der belgischen Forderungen im Voraus zugestanden wird. Der erste Punkt, der die britische Regierung überrascht habe, sei der, daß weder in der Antwort der französischen, noch in der der belgischen Regierung irgend eine Anspielung auf den Inhalt des Antwortentwurfs auf die deutsche Denkschrift enthalten sei, den die englische Regierung vorgeschlagen habe. Die belgische Regierung sei allerdings weiterhin für den Grundsatz einer gemeinsamen Antwort. Aber die französische Regierung übergehe den Vorschlag mit völligem Stillschweigen; dabei sei dies doch das

Hauptziel

gewesen, auf das die englische Regierung in ihrem Wunsch nach fortgesetzter Aufrechterhaltung der Einheit der Verbündeten ihre Bemühungen gerichtet habe. Diese Auslassungen werden kaum aufgewogen durch eine Reihe von argumentativen Stellen, Nachfragen über einzelne Punkte, Angebot weiterer Unterredungen, die die Aussicht auf eine unbegrenzt ausgesponnene Kontroverse eröffnen, während die fundamentalen Grundsätze nur erwähnt würden, um zu erklären, daß sie eine Erörterung nicht zulassen. Es könne vielleicht erklärt werden, daß die belgische Antwort keineswegs so kategorisch wie die französische den Vorschlag nach einer neuen Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands verwerfe, aber die Zustimmung der belgischen Regierung zu einer derartigen Untersuchung werde abhängig gemacht von der Erreichung von geldlichen Vorteilen weitreichender Art für Frankreich und Belgien auf Kosten ihrer Alliierten, insbesondere Großbritanniens. Ein derartiger Vorschlag scheine der britischen Regierung offenkundig eine

falsche Auffassung der Lage

zu enthüllen. Es werde nicht angesichtes werden können, daß es keinen Zweck habe, von Deutschland mehr zu fordern, als es in der Lage sei, zu bezahlen. Die Frage, was der Höchstbetrag sei, den Deutschland bezahlen könne, sei von höchster Bedeutung für alle seine Gläubiger. Das sei die Frage der Feststellung einer Tatsache, auf der alle praktischen Vereinbarungen oder Kombinationen zur Erzielung von Bezahlungen bis zum vollmöglichen Maße begründet werden müßten.

Die britische Regierung habe daher vorgeschlagen, Schritte zu tun, um diese wichtige Tatsache festzustellen. Belgien habe geantwortet, daß es selbst und Frankreich dazu seine Zustimmung nicht erteile, wenn nicht ein entsprechender Vorteil für es selbst und für Frankreich gewonnen werde. Die britische Regierung könne keineswegs bereitwillig in eine derartige Schlußfolgerung einlenken. Während die belgische Note keinerlei bestimmte Forderung angebe, hätten offizielle und offiziöse Verlautbarungen der französischen und belgischen Minister es klar gemacht, daß die französische Regierung auf einer Mindestzahlung von 26 Milliarden Goldmark und über den Betrag hinaus zu bestehen wünsche, der erforderlich sei, um ihre Schulden an Großbritannien und die Vereinigten Staaten zu bezahlen, die belgische Regierung auf Mindestzahlung von 5 Millionen Goldmark, wie sie ganz oder teilweise um weitere Priorität ersuche. In der Praxis würden die vorgeschlagenen Pläne gleichbedeutend sein mit der Aenderung zu Gunsten Frankreichs und Belgiens, der durch das Abkommen von Spa festgesetzten Verteilungsprozentsätze.

Die britische Regierung könne nicht zugeben, daß irgend ein Grund für die Abänderung des Prozentsatzes von Spa bestehe. Es wäre unbillig und unmöglich, daß dem britischen Steuerzahler, der bereits weit schwerer belastet sei, als seine französischen und belgischen Verbündeten, zuzumuten, weitere Opfer zu bringen, indem die Prozentgrundsätze von Spa zu Gunsten Großbritanniens und Frankreich abgeändert würden. Während die belgische Regierung an ihre Zustimmung zur

Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch unparteiische Sachverständige

Bedingungen knüpfe und sie dadurch weniger wertvoll gestalte, verwerfe die französische Regierung diesen Plan ganz und gar und scheine ihre Weigerung zu rechtfertigen, indem sie eine Reihe von Fragen stelle, die zu endlosen Erörterungen führen könnten, zu der Zeit, wo die schnelle Entscheidung von wesentlicher Bedeutung auf verschiedene von Poincare aufgeworfene Fragen dränge. Indem das Erstaunen darüber ausgedrückt wird, daß irgend jemand die Berechtigung der Reparationskommission, den von Deutschland zu zahlenden Gesamtbetrag auf 132 Milliarden Goldmark festzusetzen, anzweifle, hebt die britische Note hervor, daß der Beschluß der Reparationskommission nur eine einfache Schätzung der Schäden gewesen sei, „ohne irgendwelche Berücksichtigung der Frage über die Fähigkeit Deutschlands, zu zahlen". Die Pflicht, die endgültige Entscheidung zu treffen, liege teils bei der Reparationskommission, teils bei den verbündeten Regierungen, so, wenn die Umstände die Streichung eines Teils der Kapitalsschulden notwendig machen sollten, besondere Ermächtigung seitens der verschiedenen Regierungen, die in Kommissionen vertreten sind, erforderlich sei. Diese Pflicht, die nach den Bedingungen des Vertrags erfüllt werden müssen, bestehe darin, unter alleiniger Bezugnahme auf die Hilfsquellen und Fähigkeiten Deutschlands zu entscheiden. Daher könne, wie klar ersichtlich sei, die Untersuchung der deutschen Leistungsfähigkeit durch deutsche Sachverständige zur Unterstützung der Reparationskommission und sollte die Streichung eines Teils der Schulden für notwendig erachtet werden, eine solche durch die verbündeten Regierungen, welche damit ihre vertragsmäßigen Pflichten erfüllt, nicht für eine Verletzung des Grundsatzes angesehen werden, der im Vertrage ausgedrückt oder enthalten ist.

Denkschrift über die interalliierten Schulden

erklärt die britische Regierung, daß irgend ein Nachlaß nur gewähret werden könne, wenn eine feste Regelung der Reparationsfrage getroffen sei. Sie betont, der erste Schritt müsse die Erzielung einer Uebereinstimmung der Verbündeten über die Höchstsumme sein, die man vernünftigerweise von Deutschland verlangen könne. Die britische Regierung erklärt, daß die französischen Schulden an Großbritannien redlicherweise nicht abgeleugnet werden können und ist der Ansicht, daß mit der Zahlung der Zinsen begonnen werden soll, sobald das Verhältnis des Pfund Sterling zum Franken einigermaßen stabil geworden sei.

* * *

Ein Vorschlag zur Lösung des Weltproblems

Nach einer Reutermeldung hat die amerikanische internationale Handelskommission eine Unterredung mit dem Premierminister Baldwin gehabt. Die Unterhaltung bezog sich auf eine Amortisation der interalliierten Schulden und auf die Reparationsfrage. Der Kommissionsbericht, der dem amerikanischen Kongreß und den maßgebenden Regierungsbeamten vorgelegen ist, besagte u. a., bei einer Prüfung der bestehenden Handelsverhältnisse müsse unablässig auf die Reparationsfrage und die interalliierten Schulden hingewiesen werden. Von der Regelung aller dieser Fragen hänge das Gedeihen der Welt ab. Die Lösung der Weltprobleme liege in einem Moratorium und einer Amortisation. Gewiß müßten die Alliierten an die Vereinigten Staaten bezahlen, und Deutschland müsse auch angemessene Reparationen leisten. Vorher müsse aber der Friedensvertrag geändert werden, um Deutschland die Möglichkeit des Handelswettbewerbs wieder zu geben. Deutschland und Frankreich mühten außerdem Garantien gegen militärische Angriffe erhalten. Der Bericht schlägt vor, Deutschland und anderen europäischen Ländern eine internationale Anleihe unter finanzieller Beteiligung Englands und der Vereinigten Staaten zu gewähren. Gegen Angriffskriege müsse ein Vertrag abgeschlossen werden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Newyorker Bankwelt bei Annahme des Plans den Urteil der Vereinigten Staaten aufbringen würde.

Die kommunistische Streikparole

Die kommunistische Generalstreikparole hat, soweit sich jetzt übersehen läßt, in Berlin nicht die vom Reichsausschuß der Betriebsräte gewünschte Wirkung gehabt, obwohl es den Kommunisten gelungen ist, einzelne lebenswichtige Betriebe lahm zu legen. Der Versuch, den Eisenbahnverkehr zu unterbinden, ist restlos mißglückt. Dagegen hat sich für die Reichsdruckerei erneut eine sehr schwierige Lage ergeben, da der für Berlin zuständige Lohnausschuß ohne weiteres die Arbeitsniederlegung in der Reichsdruckerei anordnete und auch tatsächlich die in der Reichsdruckerei tätigen Heizer und Maschinisten, sowie ein wesentlicher Teil der anderen Arbeiter der Parole Folge leisteten. Es erscheint unter diesen Umständen nicht möglich, den normalen Betrieb aufrecht zu erhalten.

Im übrigen ist der Sonntag in Berlin ohne ernste Zwischenfälle verlaufen, es kam hier und da zu Ansammlungen, die von der Polizei mühelos zerstreut wurden.

Es fanden 17 Versammlungen der K. P. D. statt, in denen zum Generalstreik Stellung genommen werden sollte. Es wurde beschlossen, der Streik müsse nach Möglichkeit in die Privatindustrie hinein getragen werden. Den Sozialdemokraten wurde Verrat am Proletariat vorgeworfen. Entsprechende Entschließungen wurden angenommen.

[•] **Berlin**, 13. Aug. (Von unf. Berl. Büro.) Der Berliner Magistrat, der gestern zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentrat, richtete einen Aufruf an die städtischen Arbeiter, in dem er sie auffordert, unverzüglich, spätestens bis Montag 12 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Später sich Meldende würden nur eingestellt, falls Bedarf vorliegt.

Lebensmittelunruhen in Krefeld und Ratibor

In Krefeld kam es am Samstag erneut zu großen Lebensmittelunruhen. Es fanden mehrere Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Aufrührern statt, wobei es einige Tote und Verletzte gab. In Bochum, Mülheim und Oberhausen war es ruhig. In Dahringhausen fanden ebenfalls Unruhen statt. Eine Person wurde getötet und drei schwer verletzt. Die Polizei aus Remscheid stellte die Ordnung wieder her. In Recklinghausen kam es ebenfalls zu neuen Unruhen und Plünderungen. In Gelsenkirchen wurde ein Demonstrationszug gegen die Polizei veranstaltet. Am späten Nachmittag kam es zu mehreren Zusammenstößen, wobei ein Beamter der Schupo und ein Zivilist getötet wurden.

Auch in Ratibor kam es zu großen Teuerungsdemonstrationen. Die Arbeiter versammelten sich am Bahnhofsplatz, wo sie gegen den Anmarsch der Verstärkung der Schutzpolizei protestierten. Nach der vergeblichen Aufforderung, auseinanderzugehen, ging die Schupo gegen die Menge vor. Daraufhin fielen Schüsse. Die Schutzpolizei machte von der Waffe Gebrauch, zumal da ein mit Handgranaten beladener Wagen der Schupo geplündert wurde. Die Menge wandte sich nun gegen die Schupo und gab Revolverschüsse ab, auch Handgranaten wurden geworfen. Eine Anzahl Geschäfte, darunter auch zwei Waffenläden, wurden ausgeraubt. Soweit sich bisher übersehen läßt, forderten die Demonstrationen 4 Tote, nämlich einen Schutzpolizeibeamten, einen Arbeiter und 2 Mädchen.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident hat eine am 10. August in Kraft getretene Verordnung erlassen, die dem Reichsminister des Innern die Befugnis gibt, Druckschriften zu verbieten, die zur gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der republikanischen Staatsform des Reiches oder eines Landes auffordert oder in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewalttätigkeiten auffordert oder aufreizt. Der Minister wird zum Erlaß der zur Ausführung der Verordnung erforderlichen Anordnungen ermächtigt. Alle Polizeibehörden des Reiches, der Länder und der Kommunen haben dem auf Grund dieser Verordnung ergehenden Ersuchen des Reichsinnenministers im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

Anarchie in China

Wie die „Liberté" meldet, herrscht jetzt in China vollständige Anarchie und man erwarte, daß die europäischen Staaten in den chinesischen Gewässern eine Flottendemonstration veranstalten würden, zu der Frankreich zwei Kreuzer entsenden würde.

Chinesisch-japanische Konfliktsgefahr

Am 15. Juni richtete die Tokioter Regierung nach Peking eine dringliche Aufforderung, in der ersucht wurde, die chinesischen Provinzialbeamten und Statthalter mögen für die Unterdrückung der antijapanischen Kundgebungen und Boykottmaßnahmen gegen japanische Waren Sorge tragen. Seitdem hat sich aber der Zustand sehr verschlechtert. Die Ausschreitungen gegen die Japaner in Nordchina nehmen einen alarmierenden Charakter an. Zahlreiche Ermordungen sind vorgekommen. Japanische Waren werden systematisch verbrannt. Aus Yokohama sind Kanonenboote abgegangen, um verschiedene japanische Kolonieen vor chinesischer Volkswut zu schützen. Gleichzeitig hat Tokio nach Peking mitgeteilt, daß japanische Truppen für die Sicherung der Kommunalen Sorge tragen würden, falls nicht unverzüglich von chinesischer Seite die nötigen Maßnahmen getroffen würden.

Die Rechtsschwenkung der polnischen Regierung

Die Rechtsschwenkung der polnischen Regierung

Die Schwenkung der polnischen Regierung zum äußersten rechten Flügel wird immer deutlicher erkennbar. Zwar wurde kürzlich amtlich dementiert, daß Witos an Dmoski wegen Uebernahme des Außenministeriums herangetreten sei. Doch widerspricht dem eine neue Meldung, wonach Dmoski augenblicklich in Warschau weilt und mit den Regierungsparteien Konferenzen abhält. Bezeichnend ist auch, daß Dmoski bei dem Führer der Baptisten, General Haller, Wohnung genommen hat. Es scheint also doch, daß die Nationaldemokratie mit allen Mitteln versucht, ihren geistigen Führer, den Expansionsführer Dmoski, auf den Schild zu heben.

Der Kampf gegen das Deutschtum

Wie gemeldet wird, hat das Staatsministerium beschlossen, das deutsche Lehrerseminar in Bromberg aufzuheben, angeblich, weil es zu kostspielig und unproduktiv ist.

Letzte Meldungen

Beendigung des Berliner Buchdruckerstreiks

Nach Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern und nach persönlichem Eingreifen des Reichskanzlers Cuno und des Reichsarbeitsministers wurde eine Einigung erzielt. Die Löhne werden für die vergangene Woche von 2,4 Millionen nachträglich auf 5 Millionen erhöht, der Spitzenlohn für die Woche vom 11. bis 17. August beträgt 12,644 Millionen.

Die neuen Reichslöhne

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsbeamten, Angestellten und Arbeiter führten zu folgendem Ergebnis: In der Ortsklasse A setzt der Stundenlohn ohne Ortszulage für Handwerker für die dritte Augustwoche 145 000 M., für ungelernte Arbeiter 136 800 M. betragen. Den Reichsbeamten werden die zurzeit geltenden Teuerungszuschläge und die örtlichen Sonderzuschläge zum Grundgehalt und den Tariflöhnen, Ortszuschlag und Kinderzuschläge, sowie der zurzeit geltende Frauenzuschlag für die Zeit vom 17. bis Ende August cr. (zweite Monatshälfte) bereits am 15. August gezahlt. Für die vollbeschäftigten Angestellten bei der Reichsverwaltung kommt als weitere Abschlagszahlung für August der dreifache Betrag der ersten Abschlagszahlung im August sofort, statt am 15. August zur Auszahlung.

Verurteilung des Bürgermeisters Schwarz von Zweibrücken

Vor dem französischen Kriegsgericht in Landau stand der frühere Bürgermeister von Zweibrücken, Schwarz, unter der Anklage, daß er sich geweigert habe, Listen der in Zweibrücken wohnenden pfälzischen Eisenbahner für die französische Besatzungsbehörde anzufertigen und die Wohnungen und Möbel der ausgewiesenen Eisenbahner der französischen Besatzungsbehörde für französische Eisenbahner zur Verfügung zu stellen. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis.

Ein neuer Ueberfall auf den Deutschamerikaner Bergdoll

Nachdem, wie noch erinnerlich, der von dem amerikanischen Detektiv Reaf am 22. Januar 1921 verübte Versuch, den Deutschamerikaner Bergdoll, der sich durch die Flucht dem amerikanischen Heeresdienst entzogen hatte, gewaltsam zu entführen, mißglückt war, wurde am Freitag abend ein neuer Ueberfall auf Bergdoll verübt. Bergdoll, der in der Umgegend von Eberbach wohnt, hatte vorübergehend im Hotel zur Krone in Eberbach Wohnung genommen. Als er gegen 11 Uhr abends sein Zimmer betrat, wurde er von zwei Männern gepackt und auf sein Bett geworfen; der eine der Angreifer wollte ihn knebeln, wobei ihm Bergdoll den Daumen durchbiß. Es gelang Bergdoll, seinen Revolver frei zu bekommen, worauf er sechsmal im Dunkeln schoß. Dabei wurde einer der Angreifer getötet, der andere schwer verletzt. Wie sich später herausstellte, waren die beiden Angreifer Franzosen und zwar der Getötete ein Ingenieur Schmidt aus Lausanne und der Schwerverletzte ein gewisser Roger aus Paris. Als Mittelsmann bei dem Verbrechen diente ein Russe, wie es heißt ein russischer Fürst, der einem Eberbacher Hilfspolizisten durch sein auffälliges Verhalten aufgefallen war. Der Russe wurde beobachtet, wie er in ein Automobil stieg. Man ließ das Automobil bis in die Mitte der Stadt fahren und verhaftete dann die Insassen, einen amerikanischen Oberleutnant namens Griffith, den Chauffeur, ebenfalls ein Amerikaner und den Russen. Bergdoll sollte mit dem Auto entführt werden. Die beiden Angreifer hatten offenbar den Auftrag erhalten, Bergdoll unter allen Umständen nach Paris zu bringen. Aus diesem Grund hatten sie ihn bei dem Kampf auch nur mit Gummiknüppeln bearbeitet, sodaß Bergdoll nur leicht verletzt wurde. Wie verlautet, waren schon seit Wochen verdächtige Personen in Eberbach beobachtet worden.

Da sich Bergdoll in Eberbach großer Beliebtheit erfreute, versuchte die Bevölkerung nach Bekanntwerden der Tat die Polizeistation zu stürmen und es gelang den Beamten nur mit Mühe die verhafteten Verbrecher vor der Lynch-Justiz der empörten Bevölkerung zu retten, die bis in die frühen Morgenstunden die Polizeistation umlagerte.

* * *

Verurteilung des Vorstandes der Anilinfabrik durch ein französisches Kriegsgericht

Vor dem französischen Kriegsgericht in Landau fand die Verhandlung in Contumaciam gegen den Vorstand der Badischen Anilin- und Sodafabrik wegen Verweigerung der Beihilfe beim Abtransport der beschlagnahmten Farbenvorräte im alten Werk der Bad. Anilin- und Sodafabrik statt. Nach mehrstündiger Verhandlung, bei der die Verteidiger Dr. Heinzmann-Landau und Dr. Grimm-Essen für die Freisprechung der Angeklagten eintraten, wurden die Direktoren Dr. Julius und Knierim zu je 10 Jahren Gefängnis und die übrigen Mitglieder des Vorstandes zu je 8 Jahren Gefängnis und jeder zu 140 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Die Zeit der Besetzung des alten Werks verhafteten stellvertretenden Direktoren Dr. Krauß, Dr. Mehner und Dr. Scharff sowie die bei Besetzung des Oppauer Werks verhafteten fünf Ingenieure und Chemiker sind bekanntlich kurz vor der Verhandlung außer Verfolgung gesetzt worden. Die drei stellvertretenden Direktoren befinden sich nach wie vor in Oppau als Geiseln in Haft. Das Direktorium der Fabrik setzt sich aus dem Vorstand, den Direktoren, den stellvertretenden Direktoren und den Titulardirektoren zusammen. Nur der Vorstand wurde in der heutigen Verhandlung in Abwesenheit verurteilt.

MARCHIVUM

Die Verfassungsfeier in Mannheim

Zu einer machtvollen vaterländischen Kundgebung gestaltete sich die am Samstag stattgefundene Verfassungsfeier der Mannheimer Bevölkerung im Nibelungensaal des Rosengartens. Die Veranstaltung imponierte durch die starke Beteiligung und zum andern durch die Teilnahme aller Schichten der Einwohnerschaft ohne Unterschied der Partei und Religion. Der Geist der Vaterlandsliebe durchwehte die Versammlung, in der Mannheims Bewohner aufs neue den Rütlischwur erneuerten, treu zum Vaterlande zu stehen was auch kommen mag. Diese starke Willensäußerung ist das Symbol, das uns begleiten soll in all den uns noch bevorstehenden schweren Tagen. Das Gelöbnis der Treue zum Reich wird hinausklingen in die Welt, wird dringen zu unseren bedrängten Brüdern und Schwestern am Rhein und an der Ruhr und wird sie stärken in ihrem Kampfe. Mannheim gelobte in dieser Feierstunde, ihrer nicht zu vergessen.

Der Nationalfeiertag wurde um 9 Uhr mit dem Geläute der Kirchenglocken eingeleitet; um halb 10 Uhr riefen die Glocken zur Kirche. In der Trinitatiskirche war Gottesdienst für die evangelische Gesamtgemeinde. In der katholischen Kirchengemeinde war am Samstag früh Beichtgelegenheit, während die Hauptfeier auf den gestrigen Sonntag verlegt wurde. Die altkatholische wie die israelitische Gemeinde begingen den Verfassungstag ebenfalls in feierlicher Weise. Die staatlichen und städtischen wie Privatgebäude trugen Flaggenschmuck. Die Wasserkünste in den Anlagen, vor allem die Fontäne am Friedrichsplatz waren in Tätigkeit. Herrlicher Sonnenschein lag über der ganzen Stadt ausgebreitet.

Da der Nibelungensaal schon von 10 Uhr an geöffnet war, konnte die Feier pünktlich um 11 Uhr beginnen. Das Podium war durch Lorbeerbäume und grüne Blattpflanzen wie durch zwei alte schwarz-rot-goldene Fahnen der Mannheimer Bürgerwehr aus den 1840er Jahren geschmückt. Unter den Anwesenden befanden sich die Spitzen der Staats- und städtischen Behörden, so u. a. Landeskommissär Geh. Reg.-Rat Amberger, Polizeidirektor Dr. Bader, die Bürgermeister Ritter und Dr. Walli, eine Anzahl von Stadträten und Stadtverordneten wie Kirchenrat von Schöpffer als Vertreter der evangelischen Geistlichkeit. Eingeleitet wurde die bedeutungsvolle Feierstunde durch ein Präludium von Bach, von Musikdirektor Landmann meisterhaft gespielt, worauf Frau Kammersängerin Kuhn-Brunner die „Allmacht" von Schubert mit tiefem Empfinden unter Orgelbegleitung sang.

Reichstagsabgeordneter Oskar Cech

hielt die Festrede, in der er u. a. ausführte: Wenn jemals eine große politische Umwälzung sich unter widrigen äußeren und inneren Verhältnissen vollzogen hat, so die vom November 1918, aus der das neue Deutschland der Weimarer Verfassung hervorging. Eine furchtbare, wenn auch durchaus ehrenvolle militärische Niederlage nach einem grauenvollen Krieg von mehr als vier Jahren.

So konnte es kommen, daß zu Weimar im Sommer 1919 ohne jeden grundsätzlichen Widerspruch und ernstlichen Widerstand als weithin sichtbarer Kernsatz der neuen Verfassung die demokratische Botschaft verkündet wurde: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus".

Freilich, die deutsche Republik, aus Zusammenbruch und Not, aus innerer und äußerer Bedrängnis geboren, wandelte auch in den vier Jahren ihres endgiltigen verfassungsmäßigen Bestehens einen einzigen dunkeln und steinigen Leidensweg. Unsere äußeren Feinde halten die Republik seit ihrer Geburtsstunde unter einem Druck, der ihre Politik und Wirtschaft nahezu jeglicher Selbständigkeit beraubt und das Volk materiell und seelisch in tiefster Not festhält. Und trotzdem: wie herrlich hat das deutsche Volk bisher der Republik die Treue gehalten! Nicht bloß, daß es sich bei den Wahlen zu ihr bekannte, vor allem auch dadurch, daß es den Versuchen des äußeren Feindes, vom Reiche Teile seines Gebietes abzutrennen, mit bewunderungswürdiger Festigkeit widerstand. Unseres Volkes Haltung in den bitteren Monaten des Abwehrkampfes gegen fremde Gewalt an Ruhr und Rhein, sein entschlossener Widerstand gegen alle separatistischen Verlockungen und Drohungen in den Landen links des Rheins, vollends aber seine Haltung dort, wo es durch die im Versailler Diktat vorgesehenen Abstimmungen in Oberschlesien, West- und Ostpreußen und Nordschleswig seinen nationalen Zugehörigkeitswillen in aller Form zahlenmäßig bekunden konnte — sie war und ist geradezu erhebend. Keine polnische Drohung, keine französische Versprechung, keine dänische Edelvaluta vermochte unsere deutschen Brüder irre zu machen in dem Bekenntnis: zu dir gehören wir, deutsches Vaterland, bei dir wollen wir bleiben, mit dir die Zukunft teilen, mag sie noch so trüb und du noch so arm sein, und mögen die andern uns noch so schöne und verlockende Dinge versprechen!

Die Deutsche Republik erfüllt in der Abwehr dieser Verstümmelungs- und Erdrosselungsversuche eine ungemein schwere nationale Aufgabe, und sie ist stolz darauf, daß der ihrer Verfassung innewohnende politische, soziale und kulturelle Ideengehalt jene Volksteile, die vom feindlichen Ansturm unmittelbar betroffen werden, und in diesen wieder besonders die breiten werktätigen Schichten bisher zu so heldenhaftem Widerstand befähigt hat. Wir wollen auch den heutigen 4. Geburtstag der republikanischen Verfassung nicht vorübergehen lassen, ohne unseren Brüdern in den Landen jenseits des Rheins und in den vertragswidrigen Einbruchsgebieten auf der rechten Rheinseite den Gruß des heißesten Dankes zu entbieten und die Versicherung, daß wir uns auf Gedeih und Verderb mit ihnen verbunden fühlen. Ihnen wie uns soll der Feiertag der Republik zu einem Tage des tröstlichen und aufrichtenden Bewußtseins werden, daß unser innerlich gesundes und arbeitsfreudiges deutsches Volk von ähnlich schweren Schicksalsschlägen sich immer wieder erholt und den Weg zu neuem Aufstieg gefunden hat. Wie in jenen früheren schweren Zeiten, so möge das deutsche Volk auch heute sich seiner nationalen Würde bewußt bleiben und sich daran erinnern, daß es sich selbst entehrt, indem es seine selbstgewählte Staatsform lästert und die führenden Männer des neuen Deutschland persönlich herabwürdigt!

Im Anschluß an die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen erhob sich die Versammlung und sang unter Orgelbegleitung das Deutschlandlied, mit dessen machtvoll erklingenden Akkorden die Verfassungsfeier der Stadt Mannheim einen der Würde und der Bedeutung des Tages entsprechenden stimmungsvollen Ausklang fand. ch.

Stellungnahme der Rathausfraktion der Deutschen Volkspartei zu der Vorlage

Die Rathausfraktion der Deutschen Volkspartei hat nach Beratung der stadträtlichen Vorlage beschlossen, folgenden Ergänzungsantrag einzureichen: „§ 9 wird als Härteausgleich für alle Mannheimer Steuerpflichtigen für die Zeit vom 1. Juli bis 14. August angewandt auf alle für diese Zeit entstandenen Steuerforderungen."

Verfassungstag und Sonntag

Während in andern deutschen Bundesstaaten christliche Hauptfeiertage abgeschafft wurden, haben wir in Baden einen weltlichen Feiertag erhalten. Es ist der Verfassungsfeiertag, der zugleich dem Gedenken der besetzten Gebietsteile gewidmet war. Die Idee, die dem 11. August zugrunde lag, ist edel und gut. Aber hierzu einen besonderen Gedenkfeiertag zu schaffen, war nicht erforderlich. Kein Deutscher vergißt die Demütigungen, die das Reich erdulden muß, kein Deutscher kann vergessen die Mißhandlungen und Ausweisungen braver treuer Beamten. Die Saat, die die Feinde aussäen, wird aufgehen und zum fürchterlichen Rächer werden. Der neue Feiertag fand nicht überall Anklang. In den Betrieben wurde gearbeitet. Auch in einem andern Großbetrieb herrschte große Neigung hierzu. Es ist dies begreiflich, denn bei der gegenwärtigen Teuerung ist der Ausfall eines Tagesverdienstes für das Haushaltungsbudget recht einschneidend. Auch in weiten Kreisen der Bürgerschaft konnte man sich für den neuen Feiertag nicht so recht begeistern.

Im übrigen wurde der Verfassungstag sehr stark zu Ausflügen benützt. Der Bahnverkehr war schon am Samstag früh sehr rege und stellte außerordentlich hohe Anforderungen an das Bahnpersonal. Abends wiederholte sich der gleiche Andrang zur Schloßbeleuchtung nach Heidelberg. Um 7 Uhr war die Bahnhofshalle so dicht mit Menschen gefüllt, daß man sich nur mit Mühe durch das Menschenlabyrinth hindurcharbeiten konnte. In Heidelberg wimmelte es von Mannheimern. Die Schloßbeleuchtung war diesmal nach einstimmigem Urteil von einzigartigem Reiz. Obwohl Sonderzüge eingelegt waren, so gab es bei dem Ansturm auf die Züge doch das übliche lebensgefährliche Gedränge auf den Hauptbahnhof in Heidelberg. Der Riesenverkehr wickelte sich aber erfreulicher Weise glatt und ohne Unfall ab.

Wer in Mannheim blieb, dem fehlte es auch nicht an Unterhaltung. In den großen Gartenrestaurants waren gutbesuchte Konzerte. Im Friedrichspark gabs zur Feier des Verfassungstages eine bengalische Beleuchtung, die die Erinnerungen an glücklichere Zeiten wachrief. Gegen 10 Uhr abends erstrahlte die Sternwarte wie verschiedene Wetterparken in rosem Licht, während ein Hornquartett Mendelssohn's „Wer hat dich, du schöner Wald, und Mozarts „Gondellied" in die stille Nacht hinauserklingen ließ. Kapellmeister Becker hatte ein gediegenes Programm für den Abend zusammengestellt und Kompositionen von Meyerbeer, Bach, Strauß, Flotow u. a. m. zum Vortrag gebracht. Besonderen Anklang fand Wagners Finale „Kriegsmarsch und Schlachtenhymne aus Rienzi" wie die Romanze von Kahnt und die Melodien aus der Operette „Die Vogelhändler" von Zeller.

Wie am Verfassungstage, so herrschte auch am gestrigen Sonntag ein lebhafter Touristen- und Naturfreundeverkehr. An beiden Tagen war ein ideales Wetter, das den Großstädter mit aller Macht aus dem steinernen Häusermeer hinaus ins Freie lockte. Die Hitze erfuhr eine angenehme Abkühlung durch recht wohltuend empfundene erfrischende nordöstliche Luftströmungen. Auf dem Lande wurde das schöne Wetter der beiden Tage vielfach zu Erntearbeiten benutzt. Leider gingen die Tage nicht ohne Unglücksfälle vorüber, da beim Baden im freien Strom einige Personen ertranken. ch.

* **Neue Milchpreiserhöhung.** Das Liter Vollmilch kostet von heute ab für die laufende Woche 54 000 M. (gegen 25 600 M. in der Vorwoche).

* **Kranzniederlegung.** Am gestrigen Todestage des Oberbürgermeisters Martin wurde von der Stadtgemeinde ein Kranz am Grabe niedergelegt.

** **Zur Anzeige** gelangten in Heidelberg zwei Fettlieferanten von Mannheim wegen Zurückhaltung von Fett und Preistreiberei.

* **Vorsicht beim Papierzählen!** Ein Geschäftsmann von hier hat einer gelegentlichen Kundin von auswärts in der Eile zwei 5 Millionenscheine anstatt 500 000 Mark-Scheine abgegeben und auf diese Weise einen Verlust von 9 Millionen Mark erlitten. Da der Fall schon mehrere Tage zurückliegt und die Frau das Geld nicht zurückgebracht hat, werden die Millionen wahrscheinlich verloren sein.

* **Zunehmende Fahrraddiebstähle.** Nach dem heute ausgegebenen Polizeibericht kommen in den letzten Tagen wiederum eine große Zahl von Fahrraddiebstählen vor. Entwendet wurden am 1. Aug. aus dem Hausflur des Hauses Neckarauerstraße Nr. 50 ein Herrenrad, Marke Mars; im Städt. Schlachthof ein Herrenfahrrad und aus einem Lagerraum D 5, 4 ein „Dürl"-Fahrrad; am 4. August aus dem Hausflur des Hauses N 2, 11 ein Herrenrad Marke Triumph und aus dem Hofe des Hauses Bellenstraße Nr. 27 ein Herrenrad, Marke „Görke"; am 6. Aug. aus dem Hauptportal des Allgem. Krankenhauses ein Herrenrad, Marke „Kaiser"; am 7. Aug. im Hause Otto Beckstraße Nr. 36 ein Damenrad, Marke Badenia und aus dem Hause O 3, 1 ein Herrenrad, Marke „Wanderer".

* **Fahrgelderstattung im Bahnverkehr.** Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß Fahrgelderstattungsanträge für nicht oder nur teilweise benützte Fahrkarten auch bei den größeren Stationen mündlich angebracht werden können. Diese leiten die Anträge, soweit sie nicht selbst zur sofortigen Auszahlung des Erstattungsbetrages zuständig sind, an die zuständige Dienststelle weiter. In den meisten Fällen wird die Auszahlung sofort durch die Stationen erfolgen können. Durch dieses Verfahren läßt sich an Schreibwerk Zeit und Geld ersparen.

* **Auch die Post hat kein Geld.** Postanweisungen können wegen Mangel an Zahlungsmitteln jetzt oft Tage lang nicht ausgezahlt werden. Besonders aus Bade- und Luftkurorten mehren sich die Klagen hierüber. Die steigenden Preise versetzten die Fremden schneller als sie erwarten konnten in die Notwendigkeit, Geld sich nachschicken zu lassen. Die Empfänger klagen besonders auch darüber, daß sie nicht davon in Kenntnis gesetzt werden, wenn später Geld zur Auszahlung eingegangen ist. Der Reichspostminister hat deshalb die Postanstalten auf die Bestimmungen hingewiesen, die diesen Uebelständen nach Kräften abhelfen sollen.

Städtische Nachrichten

Gemeinde-Getränkesteuer

Nach § 14 des Finanzausgleichgesetzes dürfen die Gemeinden mit Genehmigung der Landesregierung oder den von ihr beauftragten Behörden Steuern auf den örtlichen Verbrauch von Wein, weinähnlichen und weinhaltigen Getränken, von Schaumwein und schaumweinhaltigen Getränken, von Bier und Trinkbranntwein sowie von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken erheben. Die Getränkesteuern können entweder nach dem Kleinhandelspreise oder nach der Menge des steuerbaren Getränkes bemessen werden. Im letzteren Falle dürfen die bei Bemessung nach dem Kleinhandelspreise sich ergebenden Sätze nicht überschritten werden. Der Reichsminister der Finanzen bestimmt mit Zustimmung des Reichsrats jeweils die bei Berücksichtigung der Kleinhandelspreise sich ergebenden Höchstsätze. Die Steuerverordnungen dürfen nur am Beginn eines Kalendervierteljahres in Kraft gesetzt werden. Das Gesetz wurde erst am 5. Juli ds. Js. verkündet, also zu spät, um noch auf Beginn des laufenden Kalendervierteljahres Gemeindesteuerordnungen beschließen zu können. Es hat deshalb der Reichsfinanzminister durch Verordnung vom 21. Juli d. J. bestimmt, es dürften Gemeinden, die bis zum 15. August 1923 Getränkesteuerordnungen beschlossen oder erlassen haben, beschließen, daß die Ordnungen mit Wirkung n. 1. Juli 23 ab in Kraft treten. Die Landesregierung hat den Städten die Ausarbeitung eigener Steuerordnungen anheimgegeben.

Nach der geltenden Rechtslage würden die bisher in Mannheim erhebenden Verbrauchssteuern von Bier und Wein mit dem 19. Juli außer Hebung kommen müssen, die neuen Steuern aber frühestens am 1. Oktober in Wirksamkeit treten, wenn die Einführung von den städtischen Körperschaften nicht noch vor dem 15. August mit Rückwirkung vom 1. Juli beschlossen würde. Die traurige Lage der städtischen Finanzen erfordert eine möglichst frühzeitige und erschöpfende Ausnützung der gebotenen Besteuerungsmöglichkeiten, die indem den Gemeinden durch § 7 des Finanzausgleichsgesetzes zur Pflicht gemacht ist. Dieser Zwangslage will der Entwurf einer Steuerordnung Rechnung tragen, der dem Bürgerausschuß für die Sitzung am kommenden Dienstag zur Beschlußfassung vorliegt. Er schließt sich, wie wir der Begründung der stadträtlichen Vorlage entnehmen, inhaltlich einerseits den gesetzlichen Vorschriften, der Musterteuerordnung der badischen Regierung und den bereits bekannten Regelungen anderer Städte an und berücksichtigt andererseits — soweit wie irgend angängig — die bei Erhebung der bisherigen Bier- und Weinsteuer gemachten Erfahrungen. Die Steuer soll, um sich der geschichtlichen Geldentwertung anzupassen, nach den Kleinhandelspreisen erhoben werden. Der Kleinhandelspreis wird, soweit er sich nicht bei der privaten Einfuhr aus der Rechnung ergibt, vom Stadtrat nach Maßgabe der durchschnittlichen Ausschankpreise festgesetzt. Aus gesundheitlichen und sozialen Rücksichten sind das natürliche Mineralwasser, sowie die künstlich bereiteten sog. Sodawasser steuerfrei belassen. Die Steuersätze sind die vom Gesetz zugelassenen, welche nach der Meinung der stadträtlichen Vorlage beim Wein mit 5 Proz., vor allem aber beim Schaumwein und den feineren Branntweinsorten mit 15 Proz. des Kleinhandelspreises als höchst unzulänglich gelten müssen. Steuerpflichtig ist, wer Getränke an die Verbraucher abgibt — wobei Wirte und Kleinhändler als Verbraucher gelten — und Getränke zum Selbstverbrauch von auswärts bezieht. Die Getränke sind, sofern die Einfuhr oder auch gewerbsmäßige Herstellung durch die Selbstverbraucher in Betracht kommt, beim Eingang bezw. der Herstellung, im Falle der Abgabe an Verbraucher durch Gewerbetreibende in wöchentlichen Abständen beim städtischen Steueramt anzumelden. Gleichzeitig wird die Steuer zur Zahlung an die Stadtkasse oder deren Hilfsstellen fällig. Das Steueramt setzt darauf die Steuer fest und benachrichtigt hiervon die Pflichtigen, soweit sich der Betrag nicht ohne weiteres aus den Anmeldungen ergibt. Für Wochenschuldigkeiten mußten im Hinblick auf die sprungweise fortschreitende Geldentwertung bei Zahlungssäumnis eine Neuberechnung der Steuer auf Grund der inzwischen erhöhten Kleinhandelspreise vorgesehen werden, an deren Stelle nach Wahl der Stadt die für die Reichssteuer maßgebenden Zuschläge treten. Ein allgemeiner Härteparagraph ermöglicht die Erlassung oder Milderung der Steuer in besonders gearteten Fällen, insbesondere auch die Beseitigung der Schwierigkeiten, die sich aus dem Umstande ergeben können, daß die Steuerordnung schon am 1. Juli ds. Js. in Kraft treten soll, den Steuerpflichtigen die Abwälzung der Steuer auf die Verbraucher aber in häufigen Fällen nicht mehr möglich sein würde. Die Betreibung rückständiger Steuern erfolgt wie die anderer Gemeindeabstände, die Kontrolle unter tunlichster Einführung der bestehenden, seit Jahren bewährten Einrichtungen, wobei die Führung von Nachweisungen durch die Gewerbetreibenden nach Art des reichsrechtlichen Kellerbuchs für die Weinsteuer nicht ganz erspart bleiben kann, aber nach Möglichkeit durch Abschluß besonderer Vereinbarungen erleichtert werden soll. Die Strafbestimmungen beruhen auf Landesrecht.

Protest des Gastwirtsgewerbes gegen die Steuer

Am Freitag nachmittag hielten die Inhaber und Leiter der gastwirtsgewerblichen Betriebe und verwandten Berufe im dichtbesetzten „Großen Mayerhof" eine Protestversammlung ab, die sich mit der dem Bürgerausschuß zur Beschlußfassung vorliegenden Steuerordnung befaßte. Stv. Knodel, der das einleitende Referat erstattete, führte u. a. aus, daß es angesichts der schlechten finanziellen Lage der Städte begreiflich erscheine, wenn sie nach derartigen Geldquellen greifen würden. Die Gastwirte wollten auch ihrer Pflicht als ordnungshaltende Staatsbürger genügen und an Opfern tragen, was sie tragen könnten, aber man dürfe ihnen doch nicht ihre Existenz untergraben. Sie wehrten sich gegen eine einseitige Belastung und verlangten gerechte Verteilung der Steuern. Eine Milderung des Gesetzes müßte erstrebt werden. Wenn sich die Verhältnisse so weiter entwickelten, dann wären in ein paar Wochen, günstigenfalls in wenigen Monaten, der größte Teil der Gaststätten verschwunden. Herr Stockheim vom Verein der Wein- und Spirituosenhändler ergänzte die Ausführungen des Referenten. Er wandte sich vor allem gegen die rückwirkende Kraft, die diese neu zu erlassende Steuer haben soll, gab der Erwartung Ausdruck, daß man bei der Beratung der Ausführungsbestimmungen zu dieser Steuer wenigstens die Fachleute hören würde. Der Oberbürgermeister habe wohl Zeit gehabt, mit anderen auswärtigen Stadtverwaltungen über diese Steuer zu sprechen, für die Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen aber sei er nicht erreichbar gewesen.

Bezirksrat und Stadtverordneter Moses betonte die Notwendigkeit der Erhebung derartiger Steuern, die vom Reich vorgeschrieben seien. Der Stadtrat habe an dem ersten Entwurf manches gebessert, insbesondere habe er dafür gesorgt, daß Wirte und Kleinhändler als Verbraucher angesehen werden und somit die ganze Verwaltungslast auf die Großhändler und Lieferanten falle.

Der Sekretär der Angestellten des Gastwirtsgewerbes stellte sich hinter die Forderungen der Gastwirte.

In der weiteren Aussprache wandte sich der Versammlungsleiter, Bezirksrat Werner, dagegen, daß die Stadt angesichts der Wohnungsnot und der Anwendung des Bedürfnisnachweises für alle Neukonzessionierungen ein stadteigenes Gebäude, nämlich das sog. Milchgütchen im Schloßgarten, als Vereinshaus mit Wirtschaftsbetrieb verpachtet habe. Die Versammlung schloß mit der einstimmigen Annahme nachstehender Entschließung:

Entschließung:

„Die am 10. August im „Großen Mayerhof" in Mannheim tagende Protestversammlung der Gastwirtevereinigung, der Vertreter der Vereinigung selbständiger Konditoren, des Vereins der Kolonialwarenhändler, des Vereins der Feinkosthändler und des Vereins der Flaschenbierhändler in Mannheim lehnt die Art und den Zeitpunkt der Einführung der städtischen Getränkesteuer einmütig ab. Bei der notorischen Finanznot der Städte sind wir davon überzeugt, daß diese die ihnen vom Reich zugestandenen Quellen restlos ausnützen werden. Wir halten aber die Erfassung der Getränke zur Steuer bei der Abgabe an das Publikum wegen der ungeheuren Arbeitsbelastung, die die Gastwirte und die in Frage kommenden sonstigen Geschäfte dadurch erfahren, als undurchführbar, da diese durch Steuererklärungen u. dergl. so wie so schon so überlastet, daß sie kaum noch in der Lage sind, ihre sonstigen geschäftlichen Angelegenheiten zu regeln. Außerdem ist das Ergebnis der Steuern durch die erforderliche Anstellung von Kontrollbeamten usw. sehr in Frage gestellt, da durch die entstehenden Kosten die Einnahmen fast vollständig aufgezehrt würden. Ferner würde durch die Art dieser Erhebung der Steuerhinterziehung Tür und Tor geöffnet, wodurch das finanzielle Ergebnis ebenfalls sehr in Frage gestellt würde.

Wir fordern, daß die Steuern beim Erzeuger bezw. Einbringer, wie das auch in Karlsruhe der Fall ist, erhoben wird. Betr. des Termins der Einführung der Steuer lehnen wir eine rückwirkende Erhebung der Steuer mit aller Entschiedenheit ab. Es ist ein Unding, von den Geschäftsinhabern die Steuer rückwirkend zu verlangen, da absolut keine Möglichkeit geboten ist, diese von den Abnehmern, von denen doch logischerweise die Steuer getragen werden muß, hereinzuholen. Die rückwirkende Erhebung der Steuer würde für die meisten Geschäfte den Ruin bedeuten. Wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß Mannheim auch hierin wieder eine Sonderstellung gegenüber anderen Städten einnimmt, die, soweit dort die Steuer bereits beschlossen ist, diese erst am 1. Oktober ds. Js. einführen. Was dort recht ist, muß für Mannheim billig sein. Sodann ersuchen wir, daß die Steuersätze nicht bis zur Höchstgrenze festgelegt werden und fordern vor allen Dingen, daß das Bier, als Volksgetränk, nicht höher als mit 3 Prozent belastet wird. Wir hoffen, daß unsern berechtigten Wünschen Gehör geschenkt wird, und daß in Zukunft bei derartigen Fragen, insbesondere auch bei Beratung der Ausführungsbestimmungen, die in Frage kommenden Gewerbe gehört werden."

Aus dem Lande

)(**Heidelberg,** 12. Aug. Hier ereignete sich auf der Landstraße nach Kohrbach ein schwerer Radfahrerunfall. Der 47 Jahre alte Tünchermeister Gieser aus Kirchheim fuhr mit seinem Sohn auf der genannten Straße, als ihnen ein junger Mann ebenfalls zu Rad entgegenfuhr der Gieser sehr heftig anfuhr. Gieser stürzte und fiel dabei so heftig mit dem Kopf auf die Straße, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt und sofort tot war. Der Schuldige kannte, trotzdem der Sohn über ihn herfiel und ihn in der Aufregung verprügelte, sich nachher schnell auf seinem Fahrrad unerkannt entfernen.

)(**Donaueschingen,** 12. Aug. Zugmeister Cyrill Straub von Villingen geriet beim Ueberschreiten der Gleise zwischen die Puffer zweier Güterwagen und wurde totgedrückt. Der Bedauernswerte hinterläßt eine Frau und 5 Kinder.

)(**Dehlein** (Amt Waldshut), 12. Aug. Am letzten Freitag verübten in der hiesigen Mühle einige Lausbuben einen gemeinen Schurkenstreich. Während die Hausbewohner auf dem Felde waren, wurde der schönsten und ergiebigsten Kuh im Stalle das Euter abgeschnitten. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Nachbargebiete

* **Mainz,** 10. Aug. Ein Invalide aus Mannheim kehrte in einer Wirtschaft in der Mailandsgasse ein und machte für Getränke und Zigaretten eine Zeche von 110 000 M. Als er bezahlen sollte, wurde er gegen die Wirtin ausfällig und entfernte sich. Es gelang, den merkwürdigen Gast auf der Straße einzuholen und der Polizei zu übergeben. Bei seiner Visitation stellte sich heraus, daß er über einen ganz geringen Geldbetrag verfügte.

MARCHIVUM

Kommunale Chronik

Bürgerausschuß Weinheim

Weinheim, 9. Aug. Der Bürgerausschuß hielt gestern abend unter Vorsitz von Bürgermeister Huegel eine dreistündige Sitzung ab. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung galt der Bereitstellung der zur Fortführung des Gemeindehaushalts erforderlichen Mittel. Die jährlichen Ausgaben werden vom Bürgermeister auf 10 Milliarden Mark berechnet. Der Antrag des Gemeinderates auf Erhebung einer sofort fälligen Vorausumlage wurde angenommen. Diese wurde auf 2000 Mk. von 100 Mk. der für das Rechnungsjahr 1922 maßgebenden Gemeindesteuerwerte festgesetzt. Ferner wurde beschlossen, von den Abnehmern von Wasser, Gas und Strom eine sofort fällige Vorauszahlung in der Höhe eines ungefähren Monatsbetrages der Rechnung zu erheben. Diese Vorauszahlungen sollen durch Nachzahlungen je nach der weiteren Gestaltung der Geldverhältnisse ergänzt werden. Dem Antrage des Gemeinderats auf Uebernahme der Frauenarbeitsschule des hiesigen Frauenvereins durch die Stadtgemeinde und Erwerb des Schulgebäudes nebst Einrichtung und Garten sowie dem Antrage auf Gewährung von Beihilfen an die beiden Kinderschulen des Hausfrauenvereins wurde mit allen Stimmen zugestimmt. Schließlich wurde ein auf zeitgemäße Entschädigung der Gemeinderäte gerichteter Antrag debattelos genehmigt.

Kleine Mitteilungen

Die Erhöhung der Mietpreise erfolgt auch in Köln im Verhältnis der Steigerung des Tarifstundenlohnes der Maurer entsprechend dem Erlaß des preußischen Wohlfahrtsministers. Demgemäß beträgt die Miete für den Monat August bei Wohnräumen das 741fache der Grundmiete gegenüber dem 161,8fachen im Juli; für gewerbl. Räume das 926fache der Grundmiete gegenüber dem 201,8fachen im Juli. Bei beiden kommt hinzu das 200fache der Grundmiete als Betriebskostenvorschuß. Im Durchschnitt wird jeder für August das 5fache der Julimiete zu bezahlen haben.

Die Gas- und Strompreise haben in Mülheim (Ruhr) folgende Erhöhungen erfahren: vom 30. Juli bis 10. August Gas 5300 M., Lichtstrom 18 700 M., Kraftstrom 12 100 M., vom 11. August bis 20. August für Gas 10 700 M., Lichtstrom 21 500 Mark, Kraftstrom 19 000 M.; vom 21. August ab für Gas 12 000 Mark, Lichtstrom 24 200 M., Kraftstrom 15 700 M.

In Barmen wurde der Zuschlag zur Grundmiete für nicht umlegbare Betriebskosten einschließlich Verwaltungskosten auf 12 000 Proz., für laufende Instandsetzungsarbeiten auf 20 000 Proz. erhöht. Der erstere Satz erhöht sich für rein geschäftliche und Bürohäuser auf 18 000 Proz., letzterer für gewerbliche Räume auf 40 000 Proz. Die neuen Sätze traten ab 1. August in Kraft.

In Hamburg betragen seit 9. ds. die Preise für Einzelfahrten auf der Hoch- und Straßenbahn 15 000 M., 20 000 M. und 35 000 M. Wochenkarten kosten 180 000 M.

Neues aus aller Welt

— **Porzellanmünzen.** Die Stadt Waiblingen hat eine interessante Serie von Porzellanmünzen herausgegeben. Die geschmackvollen Münzen sind auf der Vorderseite mit einem Bild Kaiser Friedrich Barbarossas geschmückt und erinnern so wirkungsvoll an die große Vergangenheit der alten Hohenstaufenstadt. Die Rückseite der Münzen weist heraldischen Schmuck in Schriftenumrahmung auf, zwei Wappenschilde der Hohenstaufen, eingefaßt von dem bedeutungsvollen mittelalterlichen Schlachtruf: Hie Welf, hie Waiblingen! Die künstlerisch gediegen modellierten Münzen kamen in drei Ausgaben heraus: in elfenbeinweißer, rötlicher und schwarzer Porzellanmasse hergestellt. In der Sammlerwelt wird die interessante Münzserie sich gewiß starker Beachtung erfreuen. Hersteller sind die Württembergischen Majolikawerke Gaildorf.

— **Jugendlicher Zuchthäusler.** Der 21jährige Drogist Emil Böck, welcher zweimal versuchte, Vater, Mutter und Schwester zu ermorden, einmal durch Vergiftung mit Morphium, das anderemal durch Erdrosselung, und später im Untersuchungsgefängnis einem Mitgefangenen 2 Millionen Mark versprochen hatte, damit dieser seine Eltern ermorde, wurde vom Volksgericht Augsburg unter Berücksichtigung seiner Jugend zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

— **Milliardenbeute bei einem Hoteldiebstahl.** Ein noch rätselhafter Diebstahl wurde in einem Berliner großen Hotel verübt. Dort wurden zwei Amerikanerinnen, einer Frau Silechnik und einer Schauspielerin Jette Block, die beide aus Newyork gekommen sind, eine goldene Damenuhr mit einem Brillanten von 3—4 Karat, eine Platinkette mit Anhänger und drei Brillanten, ein langer Waska Seal Damenmantel, ein Damenpelzmantel, Seal mit Biberkragen, mehrere farbige Kostüme und Abendkleider im Werte von 2900 Doll., nach dem jetzigen Stande also ungefähr 9 Milliarden gestohlen.

— **Max Lindners Hochzeit.** Einer der beliebtesten Filmschauspieler, wenigstens vor dem Kriege, war in Lustspielen der Franzose Max Lindner. In hunderten und aberhunderten von Films wurde er in den tollsten Liebes- und Entführungsszenen bewundert und nun hat er wohl aus der Macht der Gewohnheit heraus ein Mädchen „richtiggehend" geheiratet, das er im letzten Winter entführt hatte. Das Mädchen ist die Tochter eines höheren Beamten, namens Jeanne Helene Marguerite Peters, das nach der Auffindung von den Behörden ihren Eltern wieder gegeben wurde und nun ihrem Entführer angetraut ward.

— **Ein englisches Gesetz zum Schutz abgerichteter Tiere.** Kurz vor Parlamentsschluß hat die englische Volksvertretung ein sonderbares Gesetz beschlossen, mit einem noch sonderbareren Zusatzantrag. Das Gesetz handelt vom Schutz für die abgerichteten Tiere. Es werden strenge Strafen gegen jene verhängt, welche sich an dem Leben dieser Tiere vergreifen. Der Kreis der Schützlinge des englischen Parlaments ist sehr weit gezogen und auch Fische, selbst Schlangen erfreuen sich jetzt einer gesetzlichen Sicherheit, wenn sie nur kluge und abgerichtete Tiere sind. Nur eine einzige Ausnahme ist gemacht worden. Der Abgeordnete Walte de Frece hat nämlich einen Zusatzantrag gestellt, der dahin geht: Die Flöhe werden unter keiner Bedingung unter die geschützten Tiere eingereiht, mögen sie auch noch so gelehrt und gut abgerichtet sein. Das englische Parlament hat diesen wichtigen Zusatzantrag zum Beschluß erhoben.

— **Ein Gipfelpunkt der okkultistischen Mode.** Aufsehen erregt in den Vereinigten Staaten die ganz tolle Geschichte der Miß Muriel Mac Cormick, der Enkelin des bekannten Milliardärs Rockefeller. Die junge Dame hatte schon lange Zeit Newyork durch ihre Extravaganzen und durch ihre Launen erstaunt; niemandem war es bisher gelungen, ihr Herz und ihre Dollars zu erobern. Jetzt hat sie endlich ihren Auserwählten gefunden. Und zwar hat sie ihre Gunst einem Toten geschenkt. Der glückliche Gestorbene ist der Sohn eines reichen Kaufmannes aus Chicago, M. Mac Kinlock, welcher während des Krieges in Frankreich fiel. Im Verein mit der Mutter des Verstorbenen hat Miß Mac Cormick den Geist des Jünglings heraufbeschworen und lange Unterredungen mit ihm gepflogen. Jetzt erklärt sie, daß sie sich verlobt haben. Jede Nacht begibt sich die Braut zum glänzenden Grabmal von Lake-Forest, in welchem sich die Asche des Helden befindet, und tritt mit ihm in Verbindung.

— **Ein weiblicher Ku-Klux-Klan.** Der amerikanische Orden Ku-Klux-Klan, der alles, was nicht amerikanisch und katholisch ist, verfolgt, hat sich nach einer neuen Seite entwickelt. Seit kurzem ist er durch eine weibliche Abteilung erweitert worden, die sich allerdings einen besonderen Namen beigelegt hat. Sie nennt sich Kamelia-Klan, ein Name, der unseren Ohren etwas anzüglich klingt. Der Ku-Klux-Klan und seine weibliche Gefolgschaft sind übrigens in der letzten Zeit wieder mit der Behörde in Konflikt geraten. Sie hatten sich kürzlich als Verein der Behörde angemeldet, um nicht unter die gesetzlichen Bestimmungen zu fallen, die für die geheimen Gesellschaften gelten. Der Staatsanwalt in Newyork behauptet aber, daß sie ihre Anmeldung auf harmlose Statuten vorgenommen habe, während sie tatsächlich für ihre Geheimorganisation ganz andere Regeln besitze. Er hat deshalb jetzt einen Feldzug gegen den Klan unternommen mit der Absicht, das wirkliche Mitgliederverzeichnis und die tatsächlichen Ordensregeln herauszubekommen. Ob ihm das gelingen wird, ist allerdings nach den vielen schlechten Erfahrungen, die die Obrigkeit mit dem Ku-Klux-Klan gemacht hat, sehr fraglich.

Aus Handel und Industrie

Wertbeständige Anleihe des Reiches

Die Zeichnung auf die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches nimmt am 15. August ihren Anfang. Im Anzeigenteil dieser Nummer werden die Bedingungen für die Zeichnung bekanntgegeben. Danach lauten die Stücke sowohl auf Dollar als auch auf Mark, und zwar werden Stücke von 1 Dollar bis zu 1000 Dollar ausgefertigt.

Die großen Stücke von 1000 Dollar bis zu 10 Dollar einschließlich tragen 6 Prozent Zinsen, die jährlich zahlbar sind. Die Stücke von 5 Dollar abwärts werden ohne Zinsscheine ausgefertigt. Sie werden im Jahre 1935 zu 170 Prozent, also mit einem Aufschlage von 70 Prozent, zurückgezahlt, die großen Stücke hingegen nur zum Nennwerte, d. h. zu 100 Prozent. Ein Anleihestück über 10 Dollar würde also im Jahre 1935 mit dem Gegenwert von 10 Dollar, berechnet nach dem New Yorker Wechselkurse, zahlbar sein; ein Stück über 1 Dollar mit einem Gegenwert von 1,70 Dollar.

Um den Zinsenbedarf für eine Anleihe bis zu 500 Millionen ℳ Gold zu decken, sieht eine von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegter Gesetzentwurf die Ermächtigung für die Reichsregierung vor, Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben. Zur besonderen Sicherung der Kapitalrückzahlung ermächtigt der Gesetzentwurf die Reichsregierung, die einzelnen Vermögenssteuerpflichtigen nach dem Verhältnis ihres steuerbaren Vermögens zur Aufbringung des Kapitalbedarfs heranzuziehen. Demnach sind Zinsen und Kapitalrückzahlung der Anleihe durch die Gesamtheit der deutschen Privatvermögen sichergestellt. Die Anleihe ist zudem mit besonderen steuerlichen Vorzügen ausgestattet: Selbstgezeichnete Anleihe ist von der Erbschaftssteuer frei; auf Umsätze in der Anleihe ist keine Börsenumsatzsteuer zu entrichten.

Die Einzahlung auf die neue Anleihe kann in hochwertigen Devisen, in Dollarschatzanweisungen oder in Mark (auf Grund des New Yorker Wechselkurses) vorgenommen werden. Erfolgt sie in Devisen oder Dollarschatzanweisungen, so beträgt der Zeichnungskurs bis auf weiteres 95 Prozent, erfolgt sie in Mark, 100 Prozent. Eine Erhöhung des Zeichnungspreises bleibt vorbehalten.

Zeichnungsstelle ist die Reichsbank, ferner fungiert eine große Anzahl von Banken, Bankfirmen und sonstigen Geldinstituten als Annahmestellen für die Zeichnung. Es kann aber der Zeichner auch jede andere nicht als Annahmestelle bestellte Bank oder Bankfirma mit der Zeichnung beauftragen.

Ausgabe der Stücke und steuerliche Bevorzugung der Goldanleihe

Nach dem Stande der gesetzgeberischen Arbeiten darf erwartet werden, daß das Gesetz über die Sicherung und die steuerliche Behandlung der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches schon in den allernächsten Tagen durch den Reichstag verabschiedet wird. Unter dieser Voraussetzung wird es möglich sein, mit der Ausgabe der Stücke der neuen Anleihe, insbesondere der kleinen, nicht mit Zinsscheinen versehenen Stücke, noch erheblich vor dem in dem Prospekt in Aussicht genommenen Zeitpunkte zu beginnen. Wie wir ferner erfahren, sollen nach den Beschlüssen des Steuerausschusses des Reichstages neben den selbstgezeichneten Anleihestücken auch diejenigen von der Erbschaftssteuer befreit werden, die in den ersten Jahren seit Beginn der Zeichnungsfrist erworben sind.

Zur Erhöhung der Kohlenpreise

Den bereits mitgeteilten Beschlüssen der Organe der Kohlenwirtschaft entsprechend, stellen sich die neuen Kohlenpreise wie folgt: Rheinisch-Westfälische Fettförderkohle 23 267 000 ℳ, Mitteldeutsche und Ostelbische Braunkohlen-Briketts 11 638 000 ℳ, Ostelbische Rohkohle 349 000 ℳ, Mitteldeutsche Rohkohle 3 664 000 ℳ, Niederschlesischer Gießerei-Koks 34 799 000 ℳ, Niederschlesischer Preßkoks 34 768 000 ℳ, Oberschlesische Stückkohle 1 922 000 ℳ, Oberschlesischer Stückkoks 30 513 000 ℳ, alles in Tonnen, giltig ab 9. August.

Umsatzsteuerausfuhrkurse für Juli 1923

Die Umsatzsteuerausfuhrkurse der an der Berliner Börse amtlich notierten ausländischen Zahlungsmittel für den Monat Juli 1923 sind vom Reichsfinanzminister wie folgt festgesetzt worden: Belgien: 1 Frank = 16 000; Bulgarien: 1 Lewa = 3000; Dänemark: 1 Krone = 58 000; England: 1 Pfd. Sterling = 1 515 000; Finnland: 1 finn. Mark = 9000; Frankreich: 1 Frank = 19 000; Holland: 1 holländ. Gulden = 130 000; Italien: 1 Lire = 14 000; Jugoslawien: 1 Dinar = 4 Kronen = 3500; Norwegen: 1 Krone = 54 000; Deutsch-österreich: 100 Kronen = 480; Portugal: 1 Eskudo = 15 000; Rumänien: 1 Lei = 1700; Schweden: 1 Krone = 38 000; Schweiz: 1 Frank = 58 000; Spanien: 1 Peseta = 47 000; Tschechoslowakei: 1 Krone = 10 000; Ungarn: 1 Krone = 25; Japan: 1 Yen = 174 000; Argentinien: 1 Papierpeso = 113 000; Brasilien: 1 Milreis = 35 000; Vereinigte Staaten: 1 Dollar = 331 000. — Die Festsetzung der übrigen Kurse erfolgt Mitte dieses Monats.

* **Albatros-Werke A.-G., Berlin.** Die Gesellschaft, die vor einiger Zeit unter Uebernahme des Johannisthaler Fabrikationsbetriebes der Albatros G. m. b. H. mit 40 Millionen ℳ errichtet worden ist, hat in ihrer G.-V. u. a. zwecks Erweiterung des Betriebes die Erhöhung des Grundkapitals um 20 Millionen ℳ Stammaktien beschlossen. Diese neuen Aktien werden unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre von einem Konsortium, bestehend aus der Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien und der Bank für Landwirtschaft Aktiengesellschaft, zwecks Verwertung im Interesse der Gesellschaft übernommen. Neu in den Aufsichtsrat wurde Bankdirektor Nadolny von der Darmstädter und Nationalbank gewählt.

* **A.-G. für Montanindustrie in Berlin.** Die G.-V. genehmigte die Dividende von 100 Prozent sowie die Ausgabe von 80 Mill. ℳ Stamm- und 5 Mill. ℳ Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht. Von den Stammaktien werden 20 Mill. ℳ 1:1 zu 5000 Prozent angeboten. Die Vorzugsaktien werden mit einer zehnjährigen Sperrfrist einer Gruppe zu 2000 Prozent übergeben. Der Kurs der Aktien der A.-G. für Montanindustrie habe nach Mitteilung des Vorsitzenden in den letzten Wochen nicht mehr im richtigen Verhältnis zum Wert des Unternehmens gestanden, der zwar auch gut sei, jedoch an den Kurswert der Aktien nicht herankomme. Eine gewisse Korrektur des Kurses sei indes bereits eingetreten.

* **Gruschwitz Textilwerke A.-G., Neusalz, Oder.** In der G.-V. wurde die Dividende auf 140 Prozent festgesetzt. Die Auszahlung der Dividende kann nach Wahl des Aktionärs in der Weise erfolgen, daß aus wertbeständigen Anlagen der Gesellschaft gegen 75 Gewinnanteilscheine, die binnen einer noch bekanntzugebenden Frist eingereicht werden müssen, eine 5-Dollar-Schatzanweisung ausgehändigt wird.

× **Von der Düsseldorf Börse**, 8. Aug. Fränkische Türen- und Möbelfabrik in Hardheim (Baden) 550 000 G. 650 000 B.; Schneider u. Co. in Heidelbg.-Kirchheim 475 000 G. 575 000 B.; Greifwerke A.-G. vorm. Peter Kohl in Mannheim-Neckarau 1 100 000 G. 1 400 000 B.

* **Milliardengründung im Versicherungs-Gewerbe.** Unter Mitwirkung der Oder-Rhein-Versicherungs-A.-G. in Breslau wurde in Berlin die Garantie- und Rückversicherungsbank-A.-G. mit einem voll eingezahlten Kapital von 1 Milliarde ℳ und einem Organisationsfonds von 500 Millionen ℳ gegründet.

* **Versicherungs-Neugründungen.** Unter dem Namen Elberfeld-Münchener Versicherungs-A.-G. errichtete der Ritzau-Konzern in München mit dem Sitze in Elberfeld eine neue Tochtergesellschaft. Diese betreibt die Transportversicherung im In- und Auslande, sowie Mit- und Rückversicherung. Das Grundkapital beträgt 500 Mill. ℳ. Auf das Kapital sind 25 Prozent bar eingezahlt, sowie 30 Prozent zur Bildung eines Organisationsfonds. — Mit einem Grundkapital von 10 Mill. ℳ, eingeteilt in 1000 Stammaktien zu je 10 000 ℳ, die zum Kurse von 110 Prozent von den Gründern übernommen wurden, ist in Nürnberg die „Lloyd" Versicherungs-Bank A.-G. neu errichtet worden. Gegenstand ist Transportversicherung und alle nicht aufsichtspflichtigen Branchen, sowie Rückversicherung in allen Sachbranchen.

* **Dynamit-A.-G. vorm. Alfred Nobel u. Co., Hamburg.** Der Gang der Geschäfte und die Beschäftigung sind nach einer Börsenkundmachung auch für die ersten 5 Monate des laufenden Geschäftsjahres als günstig zu bezeichnen, so daß sich mit dem durch die jetzigen Zeitverhältnisse bedingten Vorbehalt eine angemessene Dividende auch auf das erhöhte Aktienkapital erhoffen lasse.

* **Schuhpreise.** Die Zentralkommission des Schuhfabrikantenverbandes setzte am 8. August folgende Preise (in Dollar gegen Umrechnung in ℳ) für Herrenstiefel fest: Boxcalf Rahmen Ia 4.10, Rahmen IIa 3.15, durchgenäht Ia 2.70, Roßchevreaux 3.65 bzw. 2.78 bzw. 2.30.

* **Zur Frage des Baumwollstandards.** Nach einer Meldung des New York Herald aus Washington hat die internationale Baumwollkonferenz sich einmütig dahin verständigt, daß die offiziellen Baumwollstandards der Vereinigten Staaten mit leichten Abänderungen für vier Qualitäten unter die amerikanischen Qualitätsbezeichnungen eingeführt werden sollen. Der Beschluß werde am 4. August 1924 in Kraft treten.

* **Amerikas Kohlenreserven.** Nach Maßgabe des jetzigen Verbrauchs, 586 000 000 Tons pro Jahr, werden die bis jetzt bekannten Kohlenreserven der Vereinigten Staaten für einen Zeitraum von 6083 Jahren ausreichen bei einem Umfang der Reserve an Braunkohle, bituminöser und Anthrazitkohle von insgesamt 3 535 303 000 000 Tons. Diese Zahlen schließen nicht ein die erst kürzlich entdeckten großen Kohlenlager in Alaska, die allein hinreichen, den Bedarf der Pazifikstaaten auf ein Jahrtausend hinaus zu decken, ferner die noch längst nicht vollständig erforschten Lager in Colorado, Neu-Mexiko, Arizona und den Rocky Mountains, endlich auch nicht die tief liegenden Flöze, die zur Zeit noch nicht nutzbringend abgebaut werden können. Durch bessere Abbaumethoden und gründliche Ausnutzung der Kohle könnten überdies pro Jahr bis zu 600 Mill. Tons eingespart werden. Die Förderung der Vereinigten Staaten deckt gegenwärtig rund die Hälfte des Weltbedarfs an Kohle. Auch hierin dürfte bald eine Verschiebung vor sich gehen, da neue Lager in Sibirien, Japan, China, Indien, Australien und Neuseeland entdeckt worden sind und hierdurch Amerika in absehbarer Zeit wird entlastet werden können.

Devisenmarkt

Mannheimer Devisenmarkt. 13. Aug. (9.30 vorm.) Nach der Newyorker Parität ergeben sich folgende Kurse: **New York 4000000**, Holland 1575000, London 18250000, Schweiz 725000, Italien 168000, Prag 117000.

Tendenz noch unentwickelt.

Kurse der Federal Reserve Bank, New-York

für Reparationslieferungen im freien Verkehr nach Frankreich

Datum 1923	1 Goldmark = französ. Franken	1 Goldmark = belgische Franken	Goldmark = portugies. Eskudos	1 Goldmark = Papiermark	1 Goldmark = Dollar
30. 7.	4,068	4,942	5,926	298 146,282	0,2382[illegible]
31. 7.	4,066	4,984	5,896	270 700,334	desgl.
Wochendurchschnittskurse:					
23. 7. b. 28. 7.	4,016	4,871	—	140 402,541	desgl.

Datum	1 Dollar = Papier-Mk.	1 engl. Pfund = Papier-Mk.	1 frz. Franken = Papier-Mk.	1 belg. Frank = Papier-Mk.	1 Lire = Papier-Mk.
30. 7.	1075 268,817	492[illegible] 52[illegible],957	63 0[illegible],753	51 [illegible]27,957	46 774,[illegible]
31. 7.	1136 363,636	5186 818,182	66 250,000	54 318,182	49 [illegible]
Wochendurchschnittskurse:					
23. 7. b. 28. 7.	589 290,963	2 707 377,210	34 960,707	28 621,218	25 [illegible]

Amerikanischer Funkdienst

New York, 11. Aug. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	9.	11.		9.	11.		9.	11.
Kaffee loco	10.75	—,—	Zinn, zus.	5000	5000	stand. wt	12.30	[illegible]
Septbr.	8.68	—,—	Elektrolyt	14,25	14.25	Cred. Bal.	3.—	[illegible]
Dezemb.	7.74	—,—	Zinn loko	39.—	39.—	Zucker Centrf	6.—	[illegible]
März	7.39	—,—	Blei	6.62	6.62	Terpentin	94.—	[illegible]
Mai	7.24	—,—	Zink	6.12	6.12	Savannah	[illegible]	[illegible]
Juli	7.[illegible]	—,—	Eisen	25.50	25.50	N. Ori Baum	[illegible]	[illegible]
Baumw. loco	24.35	26.25	Weißblech	5.62	5.62	Weizen rot	112.—	[illegible]
August	23.81	24.75	Schmalz wt.	11.65	11.65	Hart inks	115.—	[illegible]
Septemb.	23.60	24.75	Talg	7.—	7.—	Mais loko	102.75	[illegible]
Oktober	23.—	23.65	Baumwollöl	8.85	8.90	Mehl niedr. Pr.	5.—	[illegible]
November	22.87	22.85	Septemb.	8.85	8.77	höchst Pr.	5.[illegible]	[illegible]
Dezember	—,—	22.85	Petrol. cases	13.10	13.4	Getrdfr. Engl.	[illegible]	[illegible]
			tanks	5.50	5.5[illegible]	Kontinent	6.—	[illegible]

Chicago, 11. Aug. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten)

	9.	11.		9.	11.		9.	11.
Weizen Sept.	[illegible]	[illegible]	Roggen Dez.	67.75	64.75	Schweine		[illegible]
„ Dez.	100.[illegible]	103.[illegible]	Schmalz Sep.	10.68	10.75	leicht niedr.	6.90	[illegible]
Mais Sept.	76.95	77.—	„ Okt.	10.9[illegible]	10.92	höchst.	8.—	[illegible]
„ Dez.	63.[illegible]	62.[illegible]	Pork	—,—	—,—	schw. niedr.	7.—	[illegible]
Hafer Sept.	35.75	35.[illegible]	Rippen Sept.	8.10	8.10	höchst.	7.[illegible]	[illegible]
„ Dez.	37.75	37.75	Speck niedr.	7.75	7.75	Zuf. Chicago	[illegible]	[illegible]
Roggen Spt.	64.[illegible]	62.[illegible]	höchst.	8.62	8.62	Westen	117000	[illegible]

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Aug.

Rhein-Pegel	6.	7.	8.	9.	10.	11.	Neckar-Pegel	6.	7.	8.	9.	10.	11.
Schusterinsel*)	1.65	1.57	1.62	1.71	1.72	1.58	Mannheim	3.30	3.25	3.20	3.[illegible]	[illegible]	[illegible]
Kehl	2.80	2.67	2.65	2.76	2.71	2.64	Heilbronn						
Magau	4.57	4.48	4.40	4.43	4.37	4.13							
Mannheim	3.45	3.37	3.[illegible]	3.28	3.22	3.60							
Kaub													
Köln			1.87	1.48									

Mannheimer Wetterbericht v. 13. Aug. morgens 7 Uhr

Barometer 761,0 mm. Thermometer 19,2 °C. Niedrigste Temperatur nachts: 11,9 °C. Höchste Temperatur gestern: 23,8 °C. Niederschlag: 0,0 Liter auf den qm. Nord 2, heiter.

Wasserwärme des Rheins am 13. Aug. morgens 6 Uhr: 20 °C.

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2.
Direktion: Ferdinand Heyme — Chefredakteur: Kurt Fischer.
Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Dr. Fritz Hammes; für das Feuilleton: Dr. Fritz Hammes; für Kommunalpolitik: Richard Schönfelder; für Gericht und Sport: Willy Müller; für Handelsnachrichten, Lokales und den übrigen redaktionellen Inhalt: Franz Kircher; für Anzeigen: Karl Hügel.

Der Sport vom Sonntag

Die sonntägigen Fußballwettkämpfe

Der Beginn der neuen Spielzeit brachte gleich wieder Hochbetrieb. V. f. L. Neckarau trat mit einer Fußballsportwoche auf den Plan. Am Donnerstag unterlag Tv. Weinheim 5:0, auch die Fürther Männerturner mußten am Samstag eine Niederlage einstecken, aber im letzten Spiele mußten sich die Neckarauer eine knappe Niederlage gefallen lassen. 1:0 siegte Feuerbach. Mit einem sensationellen Ergebnis eröffnete V. f. R. die Spielzeit. Schwaben Augsburg, die erprobte bayerische Kampfmannschaft, wurde mit 6:1 Toren in Grund und Boden gespielt. Waldhof hatte F.-C. Mühlburg als Gegner und siegte mühelos 4:2. M. T.-V. Fürth hatte noch einen 2 Gegner. M. F.-C. 1908 unterlag 4:1 den Bayern. Auch ein Lokaltreffen stand auf dem Programm. Phönix und Sp.-V. 1907 waren die Gegner. Erwartungsgemäß siegte der Kreismeister, allerdings sehr knapp 1:0.

In Dresden standen sich die Ländermannschaften von Finnland und Deutschland gegenüber. Wiederum kämpfte Deutschlands Elf unglücklich und unterlag mit 1:2 Toren. Das Tor für Deutschland schoß Leip-Dresden. S.

Das Sportfest des V. f. R.

Eine interne Veranstaltung für die Mannheimer Leichtathletik treibenden Vereine veranstaltete gestern der V. f. R. zum Gedächtnis Alfred Oppenheimers. Die Kämpfe nahmen einen glatten Verlauf und brachten teilweise erbitterte Kämpfe und gute Ergebnisse. In den Seniorkämpfen dominierten die kampferprobten M. T.-G.-Leute. Die erzielten Zeiten sind allerdings nicht „rekordmäßig", da sich die Leute nicht auszugeben brauchten. Den A. Oppenheimer Gedächtnispreis, der für die beste Jugendleistung gestiftet ist, errang V. f. R. mit 496 Punkten. Nachstehend die Gesamtergebnisse: Beste Zeit: 100 Meter: Kirchheimer, V. f. R. 11.9 Sek. — 200 Meter: Losacker, T.-V. 46 24.8 Sek. — 300 Meter: Maisel, V. f. R. 41.2 Sek. — 400 Meter: Bärwind, V. f. R. 58.4 Sek. — 4 mal 100 Meter-Staffel: V. f. R 49.2 Sek.

Jugend

	V. f. R.	T. V. 1846	M. T.-G.	M. S.-C.	Phönix
200 m	82	83	78	80	23
100 m	122	118	106	98	72
300 m	115	116	93	88	77
400 m	105	95	82	90	88
Staffel	70	70	52	46	43
Gesamtpunktzahl	496	482	411	394	303

Senioren: 100 Meter-Lauf: 1. Fritz, M. T.-G. 11.9 Sek.; 2. Neumann, M. T.-G. Brustbreite zurück; 3. Schramm, Phönix ½ Meter zurück; 4. Mitrötter, T.-V. 46. — 800 Meter-Lauf: 1. Hebbel, M. T.-G. 2.08 Sek.; 2. Sack, M. T.-G. 1 Meter zurück; 3. Weiß, M. Sp.-Cl. 5 Meter zurück; 4. Hotter, V. f. R. — 4 mal 100 Meter-Staffel: 1. M. T.-G. (Wellenreuther, Apfel, Löwe, Neumann) 46.2 Sek.; 2. Phönix (Grundhöfer, Schramm, Raber, Konrad) etwa 10 Meter zurück; 3. M. Sp.-C. weitere 5 Meter zurück; 4. V. f. R. — 300 Meter-Lauf: 1. Neumann, M. T.-G. 38.7 Sek.; 2. Grundhöfer, Phönix 2 Meter zurück; 3. Löwe, M. T.-G. 1 Meter zurück; 4. Konrad, Phönix. — 200 Meter-Lauf: 1. Apfel, M. T.-G. 25 Sek.; 2. Wellenreuther, M. T.-G. Brustbreite zurück; 3. Konrad, Phönix 1 Meter zurück; 4. Herrmann, Phönix 1 Meter zurück. — 400 Meter-Lauf: 1. Apfel, M. T.-G. 54.6 Sek.; 2. Löwe, M. T.-G. 5 Meter zurück; 3 Baumeister, Phönix 1 Meter zurück; 4. Bergbold, M. S.-C.

*

V. f. R. Mannheim — Schwaben Augsburg 6:1 (1:1) Ecken 5:0

Die Ligamannschaft des V. f. R. nahm gestern für die kürzlich im Pokalspiele erlittene 1:0-Niederlage glänzende Revanche. Der Kampf war überaus hart und für ein Privatspiel zu scharf. Dies war allerdings das Verschulden des Schiedsrichters Munk-Feuerbach, der von Anfang an nicht energisch genug durchgriff. Als er sich endlich zum Platzverweis des ärgsten Uebeltäters entschloß, war es zu spät. Augsburg enttäuschte stark. Besonders die Hintermannschaft. Der Torwart ist ein glatter Versager, bei richtigem Stellungsspiel hätte er einige Tore verhüten können. Gut ist noch immer der rechte Verteidiger, der alte Internationale Burger, der aber von Beginn an zu robust draufging und die scharfe Note ins Spiel brachte. Gefährlich ist das Augsburger Innentrio Hiller, Kraus, Henneberger, das der V. f. R.-Verteidigung des öfteren harte Arbeit gab.

Beim V. f. R. klappte es gestern vorzüglich. Alle Mannschaftsteile sind gut besetzt, alles überragt aber die Läuferreihe, die wirklich hervorragendes leistete. So war es zu verstehen, daß V. f. R. fast immer die Lage beherrschte und fast die ganzen 1½ Stunden lang im Angriffe lag. Der Sieg ist durchaus verdient, die Elf wird in der kommenden Verbandsspielzeit, wenn sich erst noch der Sturm zusammengefunden hat, einen schwer zu schlagenden Gegner abgeben. Bereits in der 12. Minute schoß Herberger ein prächtiges unhaltbares Tor, das der einzige Treffer der ersten Halbzeit bleiben sollte. Trotzdem war V. f. R. überlegen, hatte aber sichtliches Pech im Schießen. Mindestens fünf „todsichere" Sachen gingen knapp am Tore vorbei. Daß weitere Erfolge unausbleiblich waren, bewies die glänzende Arbeit der Läuferreihe. „Schwaben" war jedoch glücklicher. Ein feiner Durchbruch Henneberger—Kraus brachte 2 Minuten vor Halbzeit den Ausgleich. So stand die Partie bei der Halbzeit remis.

Die Pause wurde ausgefüllt durch eine Ehrenrunde der Leichtathleten zum Gedächtnis A. Oppenheimers. Prof. Streibich, der 1. Vorsitzende des V. f. R., hielt dann die Gedächtnisrede, dann folgten die Staffelläufe.

Nach Wiederbeginn hatten die Augsburger nichts mehr zu bestellen. Noch 15 Minuten lang wurde um das Führungstor gekämpft, aber schließlich unterlagen sie der systematischen Zermürbungsarbeit der Läuferreihe. Als Schmitt in der 19. Minute das 2. Tor schoß, war das Spiel entschieden. 2:1 für V. f. R. Es gab nun eine regelrechte „Holzerei", sodaß es schließlich höchste Zeit war, als der Kampf beendet wurde. Bis zum Schlusse war V. f. R. noch 4 mal durch Schmitt (3) und Ulbrich (1) erfolgreich. Die Tore waren sämtlich Resultate selbstlosen Kombinationsspieles, in dem vor allem Herberger glänzende Leistungen zeigte. S.

Mannheimer Fußballklub 1908—Männerturnverein Fürth 1:4 (1:2)

Die Fürther die am Samstag abend beim V. f. L. Neckarau zu Gaste waren und dort 3:2 unterlagen, lieferten gestern vormittag den Lindenhöfern ein durchweg überlegenes Spiel, sie konnten mit 4:1 Toren einen verdienten Sieg erringen. 08 hatte bis auf Linksaußer seine stärkste Elf zur Stelle. Diese zeigte jedoch nicht die Leistungen der vergangenen Spielzeit und enttäuschte sehr. Nur der Torwart, sowie Jost und Meisner konnten befriedigen. Die Gäste rechtfertigten den Ruf der bayerischen Fußballhochburg und führten ein technisch gutes Kombinationsspiel vor. Der Halbrechte, ein gefährlicher Durchbrenner, gab der gegnerischen Mannschaft harte Arbeit. Außer ihm gefielen noch der linke Verteidiger, der Mittelläufer und Torwart sehr gut. 08 kam mit seinem Anspieler nicht weit. Fürth übernahm sofort die Offensive und gab ständig das Tempo an. Spahr im 08 Tore wehrte verschiedene Schüsse gut. Trotzdem war 08 zuerst erfolgreich. Meisner lenkte eine Flanke des Linksaußen geschickt ins Tor. Aber schon 2 Minuten später hatten die Fürther durch den Halbrechten den Ausgleich hergestellt und noch vor der Pause schoß derselbe Spieler den Führungstreffer, sodaß beim Stande 2:1 für Fürth die Seiten gewechselt wurden. Auch nach der Pause wurde 08 nur selten gefährlich. Fürth erzielte durch Halblinks und Halbrechts zwei weitere Tore, sodaß das Endresultat 4:1 für M. T.-V. Fürth lautete. Das Spiel war für ein Vormittagsspiel recht gut besucht und wurde von Herrn Delank (Tv. 1846, Mannheim) sehr gut geleitet. S.

Weitere Ergebnisse:

V. f. R. Mannheim — Schwaben Augsburg 6:1.
V. f. L. Neckarau — M.T.V. Fürth 3:2.
1908 Mannheim — M.T.V. Fürth 1:4.
Phönix Mannheim — 07 Mannheim 1:0.
Waldhof — F.C. Mühlburg 4:2.
V. f. L. Neckarau — Tv. Weinheim 5:0.
V. f. L. Neckarau — Spv. 98 Feuerbach 0:1.
1. F.C. Nürnberg — Spvg. Fürth 1:0.
Spvg. Mundenheim — Pfalz Ludwigshafen 1:9.
Fußballspv. Mainz — 1903 Ludwigshafen 1:6.
Germania Wiesbaden — 1903 Ludwigshafen 0:7.
Jahn Regensburg — 46 Nürnberg 1:5.
Pfeil Nürnberg — Viktoria Aschaffenburg 4:0.
Sportklub Stuttgart — V. f. B. Heilbronn 0:0.
Karlsruher Fv. — 1. F.C. Freiburg 1:3.
V. f. B. Heidelberg — Germania Frankfurt 2:2.
Hanau 93 — Fspv. Frankfurt 3:1 (!).
Hanau 94 — V. f. B. Frankfurt 0:1.
V. f. L. Sachsenhausen — Union Schweinfurt 3:2.
V. f. R. Frankfurt — M.T.V. Ingolstadt 3:1.
A. B. T. S. Bremen — Eintracht Frankfurt 3:4
Eimsbüttel — Eintracht Frankfurt 3:2
V. f. L. Stuttgart — Pfeil Stuttgart 0:2.
Sp.C. Freiburg — Konkordia Basel 4:2.

Pferderennen

Frankfurt a. M.

Preis von Offenbach. 7000 ℳ. 1200 Meter. 1. Molloch (Rastenberger), 2. Tätris (Seibert), 3. Trajan (O. Schmidt). Tot.: 14:10; Pl.: 12, 18, 13:10. — Forsthaus-Jagdrennen. 7000 ℳ. 3000 Meter. 1. Elmado (Schuller), 2. Balte (Seifert), 3. Fliegender Aar (Michaelis). Tot.: 31:10; Platz: 17, 16, 14:10. — Länder-Rennen. 21 000 ℳ. 2000 Meter. 1. Ganelon (O. Schmidt), 2. Gierkuchen (A. Schmidt), 3. Bogenbruder (Fabel). Tot.: 10:10. — Preis vom Saalhof. Ehrenpreis und 3000 ℳ. 1400 Meter. 1. Walburg (Rastenberger), 2. Frinoen (Zenbsch), 3. Gstreiben (H. Schmidt). Tot.: 42:10; Platz: 15, 13, 21:10. — Landgrafen-Rennen. 26 000 ℳ. 1200 Meter. 1. Babur (Kaiser), 2. Aukis (O. Schmidt), 3. Farner (Zenbsch). Tot.: 28:10; Platz: 11, 11:10. — Heyden-Linden-Jagdrennen. 8000 Mark. 3500 Meter. 1. Paulus (Brown), 2. Kontrahent (Lüders), 3. Pippin (Wehe). Tot.: 15:10; Platz: 10, 10:10. — Willich-Erinnerungsrennen. Ehrenpreis und 10 000 ℳ. 1800 Meter. 1. Kairos (Zenbsch), 2. Naive (Hecker), 3. Mime (Göbel. Tot.: 23:10; Platz: 10, 26, 18:10.

Schwimmen

* Wieder den Aermelkanal durchschwommen. Dem Bezwinger des Rio de la Plata (Südamerika) Tirabosch-Italien gelang es nun auch den Aermelkanal in 26 Stunden zu durchschwimmen. Er erreichte gestern mittag um 12.30 Uhr wohlbehalten den französischen Hafen Calais.

Sowitasgeht in Funchal auf Madaira

So wit as goht — So weit wie es geht in schwäbischer Mundart nannten die kühnen Männer vom Bodensee ihre kleine Segeljacht, mit der sie die Durchquerung des atlantischen Ozeans bewerkstelligen wollen. Der Umfang des Unternehmens war den Männern wohl bekannt, in Erkenntnis der großen Schwierigkeiten mögen die Seefahrer ihrer Jacht wohl diesen etwas ungewöhnlich klingenden Namen gegeben haben.

Der Draht meldet nunmehr, daß Sowitasgoht in Funchal auf Madeira eingelaufen ist. Der erste und schwierigere Teil der Reise ist damit beendet. Die Weiterfahrt wird den kühnen Seefahrern zunächst nicht allzuviel Mühe bereiten. Im Monat August bis September dürften die stetigen Nordostpassatwinde eine Durchschnittsstärke von Windstärke 4 der Beaufortschen Skala haben, die das Boot in stetiger Fahrt etwa in die Gegend von St. Thomas, einer der westindischen Inseln, bringen. Die Weiterfahrt nach einem nordamerikanischen Hafen an den Inseln und der Küste der Vereinigten Staaten entlang bedeutet für die Seefahrer kein absolutes Wagnis mehr; sie werden außerdem zahlreiche amerikanische Sportgenossen mit ihren Fahrzeugen dort antreffen. Die vier Männer, die das Wagnis unternommen haben, die Herren F. Plunder, F. Jochum, J. Lebergerber und Kapitän Einsle haben ihre Energie und Zähigkeit, die sie schon beim Bau des Fahrzeuges bewiesen haben, auch bei der Fahrt angewandt. Die Schwierigkeiten, die alle überwunden werden mußten, bevor die Reise angehen konnte, waren groß. Haus und Hof wurde seinerzeit verkauft und mit dem Bau der Jacht begonnen. Die Verschlechterung der Valuta erschöpfte bald die Mittel; aber mit großer Zähigkeit wurden andere beschafft, bis schließlich das Werk gelungen war. Immer aber noch, selbst bis auf den Tag der Abreise, erhoben sich Schwierigkeiten. Aber auch hier wurde Rat geschafft. Die Hamburger Firma Carstens u. Bloch bezahlte die Fracht vom Bodensee nach Hamburg und stellte Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung; ja selbst nach Cuxhaven mußten Anker und Kette nachgesandt werden, da auf der Elbe beim Ankern das an Bord befindliche Ankergeschirr über Bord gegangen war. Die Ausrüstung an Proviant usw. für die Seereise hatte die Hamburg-Amerika-Linie gestiftet, die Mittel zur Beschaffung von Brennstoff für den Hilfsmotor hoffte man in England durch Besichtigung des Bootes zu bekommen. Die Jacht Sowitasgoht fährt unter österreichischer Flagge, da eine Klassifikation in Deutschland nicht zu erreichen war. Die Knappheit der Mittel verhinderten den Ankauf eines Bleikiels, so daß der Kiel mit Beton gefüllt werden mußte. Nichtsdestoweniger sind es deutsche Männer, die die Fahrt unternahmen und durchführen. Das Unternehmen, das von Anfang an eine Reihe von schweren, entsagungsvollen Tagen für die tapferen Männer bedeutete, wird hoffentlich vom Schicksal weiterhin günstig behandelt werden, damit der Wagemut und die Mühe der Seefahrer durch Beendigung der Fahrt in Amerika die verdiente Krone findet.

Literatur

Deutsches Fußball-Jahrbuch 1921/1922, herausgegeben vom Deutschen Fußball-Bund. Gut ausgestattet und reich illustriert. Verlag Greihlein u. Co. Leipzig—Zürich. — Das soeben erschienene Jahrbuch des Deutschen Fußball-Bundes gilt den beiden Jahren 1921 und 1922. Sparsamkeitsrücksichten sind maßgebend gewesen für die Zusammenfassung zweier Jahrgänge; die Absicht, die vollendete Reorganisation des D. F.-B. abzuwarten, ist der Grund für die verhältnismäßig späte Herausgabe. Das neue Jahrbuch ist kein Berichtsbuch, wie es sonst die Jahrbücher der großen Verbände zu sein pflegen, es präsentiert sich vielmehr als Programm des Deutschen Fußballsportes, wie er im D. F.-B. zusammengefaßt ist. Dieser Inhalt ist dem Jahrbuch gegeben worden im Anschluß an die vollzogene Reorganisation des D. F.-B. in seiner Eigenschaft als oberste Behörde, die sich auf die festen Säulen der bisher als erkannter Notwendigkeit viel straffer als der Kopf durchorganisierten Landesverbände gründet. So erhält der deutsche Fußballspieler mit dem neuen Jahrbuch das, was ihm bisher noch immer fehlte: einen Abriß über das Wesen des D. F.-B. wie er war, wie er ist und wie er sein wird. In dieser Gedankenlinie gibt eine berufene Mitarbeiterschaft das historisch Gewordene, der heutigen Generation leider aber nur wenig Bekannte aus der Entwicklung des Deutschen Fußballsportes, den inneren Aufbau von Verein, Verband und Bund, sowie die Behandlung der so wichtigen Gegenwarts-Aufgaben. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Leute wie Gottfried Hinze, Georg P. Blaschke, Paul Bräuf, Carl Koppehel, Hans Hädicke, August Mela, Wilhelm Roßbach, Oskar Langner, Hubert Hanraths, Willi Amrath, P. Dreyer-Bergedorf, W. Dopp, Wilhelm Krause, Friedrich Brahms, Blum-Oldenburg und F. Linnemann dem Leser Dinge zu sagen haben, die er in gleich sachkundiger Weise und geistvoll-tiefschürfender Art in solchem Zusammenhang nirgends wieder findet.

Offene Stellen

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen gewandten, strebsamen, jüngeren
Konto-Korrent-Buchhalter
Bewerber mit Kenntnis der Mühlenbranche, mögl. nicht über 30 Jahre, werden bevorzugt. Angebote unter O. M. 8 an die Geschäftsstelle erbeten. *1400

Zum baldigen Eintritt suchen wir mehrere tüchtige
Konto-Korrent-Buchhalter.
Berücksichtigt werden nur Bewerber, welche eine gediegene, kaufmännische Lehrzeit nachweisen können und eine gute Handschrift besitzen. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintrittstermines sind einzureichen an E374
Brown, Boveri & Cie. Aktiengesellschaft. Mannheim-Käfertal

Herrenfriseur, Friseuse und Volontärin gesucht. 1960 Kesel & Maier, O 7. 4

In fein. Herrschaftshaus tüchtige, perfekte **Köchin** geg. sehr hohen Lohn ges. gesucht. 6281 Gefl. Angebote unter U. 3817 an D. Frenz G. m. b. H., Mannheim.

Jüngeres fleißiges **Mädchen** für klein. Haushalt bei gut. Lohn gesucht. *1410 G 7. 18, 1 Tr. lks.

Anständ. Mädchen in kleinen Haushalt (ev. für tagsüber) p. 1. Sept. gesucht. Samstag und Sonntag frei. Näh. in der Geschäftsst. *1388

Solides Fräulein ausbildsw. f. Büfett u. Küche gesucht. 1975 Kaffee Börse.

Alleinmädchen ges. Bromberg, E 3. 1. *1416

Stütze die auch bei Kochen übernimmt, für kleinen Villenhaushalt gesucht. Angeb. unt. F. W. 86 a. d. Geschäftsst. B9463

Jüngeres bess. **Mädchen** für leichte Hausarbeiten für sofort gesucht. 1989 Gefl. Angebote erbeten unter D. B. 181 an die Geschäftsstelle.

Stellen-Gesuche

Junge Witwe sucht in klein. frauenlos. Haushalt Stellung. Gefl. Angebote unter G. O. 7 an die Geschäftsstelle d. Bl. *1409

Besseres gebild. **Fräulein** sucht in feinem Hause Stellung als Stütze. Koch- u. Nähkenntnisse usw. sind vorhanden. Angeb. unt. O. K. 1 a. d. Geschäftsst. *1396

Verkäufe

Gut erhaltener **Kassenschrank** preisw. zu verk. 1967 Rudolf Faßbender, Mannheim, U 6. 14, Tel. 3838.

Drehstrommotor 5 PS, 220 Volt, Kupferwicklung, im besten Zustand zu verkaufen bei V. Linn, Rheinau Relaisstr. 59. *1391

Gerstengesied bei abzugeben zum Tagespreis. 1966 Hofgut Kirchgartshausen.

Damenrad wie neu, billig zu verk. Töhle, Bergstraße 14 IV *1422

Gebr. Herrenrad verkauft Helm, Rennershofstraße 10 III. *1415

Herren-Rad zu verkaufen. *1414 Egger, N 2. 3, 3. St. r.

Damen-Räder 1 neues u. 1 gutes gebrauchtes billig zu verk. *1421 Zobeley, Rheinhäuserstr. 86.

Herren-Rad Nähmaschine, gut erh., zu verk. Anzusehen ab 6 Uhr abends. *1413 Bildstein, M. Waldhofstr. 10 III.

Kauf-Gesuche

Motorrad gut erh., zu kaufen ges. Angebote mit Preis etc. an Teleph. 1993. *1405

Gebrauchter **Handkarren** zu kaufen gesucht. Angebote unt. D. F. 155 an die Geschäftsst. 1971

Gebrauchte **Gitarren und älteres Piano** bei Barzahlung zu kaufen gesucht. Angebote unter C. J. 100 an die Geschst. B9489

Gesucht: *1424 **Hand- od. Kabinenkoffer** Angebote an Hofmann, Rheindammstr. 10.

1 guterhalt. aber neue **Schreibmaschine** zu kaufen oder gegen Waren zu tausch. ges. Riotheimer R 7, 32 Tel. 3094 u. 7061 *1419

Alte Gebisse kauft 510 Brym, G 4. 12, 2 Tr.

Miet-Gesuche.

Junger Mann sucht **möbl. Zimmer** Angebote mit Preisang. unter D. H. 187 an die Geschäftsst. erb. 1977

Miet-Gesuche

Wohnungstausch Stuttgart—Mannheim.
Geboten im Zentrum Stuttgart schöne 3 Zimmerwohnung. *1408
Gesucht 3—4—5 Zimmerwohnung in Mannheim, gute Lage. Angeb. u. G. N. 4 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wir suchen für neueintretende männliche und weibliche Angestellte 541 mehrere möblierte **Zimmer** in guten Häusern. Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G. Personal-Abteilung.

Wohnungstausch. 7 Büroräume Stadtmitte, gegen mindestens 6-Zimmerwohnung baldigst zu tauschen. Angebote unter O. S. 9 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *1423

Vermischtes.

Drehstrom-Motor 35 PS, 220/380 Volt, 1000 Umdrehungen gebraucht, jedoch gut erhalten und aufgearbeitet, sofort zu verkaufen. Ingenieurbüro **Karl Leitner** Mannheim. Max Josephstraße 17. Fernsprecher 9517.

Ia. engl. Kohlen für Gas- und Industriezwecke, **sowie Koks** liefert aus laufend eintreffenden Dampfern ab Hamburg, Weserhäfen oder Emden. Hamburg-Emder Kohlen-Import-Gesellschaft m. b. H. Emden. Telephon Nr. 911, 931 und 932 Telegr.-Adr.: „Hefig". 8114

MARCHIVUM

Wertbeständige Anleihe

des

Deutschen Reiches

Zinsen und Rückzahlung reichsgesetzlich sichergestellt durch die Gesamtheit der deutschen Privatvermögen.

Das Reich beabsichtigt, eine wertbeständige Anleihe mit 12jähriger Laufzeit auszugeben.

Die Anleihe, welche auf den Gegenwert von Dollars lautet, soll dazu dienen, der Bevölkerung ein wertbeständiges Anlagepapier zur Verfügung zu stellen.

Die Anleihe ist von der Börsenumsatzsteuer befreit. — Selbstgezeichnete Anleihe ist von der Erbschaftssteuer frei.

Um den Zinsenbedarf für eine Anleihe bis zu 500 Millionen Mark Gold zu decken, sieht ein von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegter Gesetzentwurf die Ermächtigung für die Reichsregierung vor, Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben.

Die Rückzahlung des Kapitals erfolgt nach 12 Jahren. Zur besonderen Sicherung der Kapitalrückzahlung ermächtigt der Gesetzentwurf die Reichsregierung, die einzelnen Vermögenssteuerpflichtigen nach dem Verhältnis ihres steuerbaren Vermögens zur Aufbringung des Kapitalbedarfs heranzuziehen.

Es haften also für Kapital und Zinsen dieser Anleihe anteilig die gesamte deutsche Wirtschaft, Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft sowie jeder, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt.

Die Anleihe ist bei den Darlehnskassen des Reiches beleihbar. Die Einführung zum Börsenhandel erfolgt sofort nach Ausgabe der Stücke.

Bedingungen

Die Zeichnung findet vom 15. August ab statt.

Bestimmung über den Zeichnungsschluß bleibt vorbehalten.

1. Zeichnungsstelle, Annahmestellen.

Zeichnungsstelle ist die Reichsbank. Zeichnungen werden bei der Zeichnungs-Abteilung der Reichshauptbank, Berlin C 2, Breite Straße 8/9 (Postscheckkonto 96300), und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Kasseneinrichtung entgegengenommen. Die Zeichnungen können auch durch Vermittlung der Staatsbanken der Länder und ihrer Zweiganstalten, der Preuß. Central-Genossenschafts-Kasse in Berlin sowie sämtlicher im amtlichen Prospekt angegebener Geldinstitute und ihrer Zweiganstalten erfolgen*). In diesem Falle entstehen hinsichtlich der Lieferung der Stücke und der Zahlung des Zeichnungspreises Rechtsbeziehungen nur zwischen dem Zeichner und der Annahmestelle.

2. Einteilung, Zinsenlauf, Einlösung der Anleihe.

Die Anleihestücke und die Zinsscheine lauten auf Mark in der Weise, daß **4,20 M. gleich 1 Dollar sind. Die Anleihe ist ausgefertigt in Stücken von 4,20 M. = 1 Dollar, 8,40 M. = 2 Dollar, 21 M. = 5 Dollar, 42 M. = 10 Dollar, 105 M. = 25 Dollar, 210 M. = 50 Dollar, 420 M. = 100 Dollar, 2100 M. = 500 Dollar, 4200 M. = 1000 Dollar.**

Die Anleihestücke von 4,20 M., 8,40 M. und 21 M. werden ohne Zinsscheine ausgegeben; sie werden am 2. September 1935 mit einem Aufgeld zum Nennwert von 70 vom Hundert eingelöst.

Die Anleihestücke von 42 M. und darüber sind mit Zinsscheinen versehen, zahlbar jährlich einmal am 1. September. **Der Zinssatz beträgt 6 %.** Der Zinsenlauf beginnt am 1. September 1923. Der erste Zinsschein ist am 1. September 1924 fällig. Die Rückzahlung des Kapitals erfolgt am 2. September 1935 zum Nennwert.

Die Stücke sowie die Zinsscheine werden in Mark eingelöst, wobei der Dollar zu dem Durchschnitt der amtlichen Berliner Notierung des Mittelkurses für Auszahlung New York in der Zeit vom 15. Juli bis 14. August einschließlich umgerechnet wird. Der Einlösungskurs wird amtlich bekanntgegeben.

3. Zeichnungspreis, Einzahlung.

Der Zeichnungspreis beträgt, soweit die Zeichnung in einer der nachstehend verzeichneten Devisen erfolgt, bis auf weiteres 95 %, für die Einzahlung in Mark bis auf weiteres 100 %; eine Erhöhung des Zeichnungspreises bleibt vorbehalten. Die Einzahlung muß am Tage der Zeichnung geleistet werden. Bei Ueberweisung von Markbeträgen gilt als Zeichnungs- und Zahltag der Tag, an dem die Ueberweisung bei der Annahmestelle zur Gutschrift gelangt. Für Markeinzahlungen wird der Dollar umgerechnet zu dem letzten vor dem Zeichnungstage notierten amtlichen Berliner Mittelkurs für Auszahlung New York. Von Devisen (Noten, Schecks, Auszahlung) sind zur Einzahlung zugelassen amerikanische Dollars, Pfunde Sterling, holländische Gulden, schweizerische Franken, nordische Kronen, spanische Pesetas, argentinische Pesos, japanische Yen. Die Kosten der Einziehung der Valutenschecks sind von den Zeichnern zu tragen. Bei Zahlung mit Valutenschecks werden die üblichen Laufzinsen in Abzug gebracht. Das Wertverhältnis der einzelnen Währungen zum Dollar wird für die Zwecke der Einzahlung besonders bekanntgegeben und ist bei den Annahmestellen zu erfahren.

Spitzenbeträge werden in Mark vergütet, und zwar bei eingereichten Noten zum Mittelkurse für Auslandsauszahlung der letzten Berliner Notierung vor dem Zeichnungstage alsbald, bei Schecks und Auszahlungen erst nach Eingang der Gutschriftsanzeige aus dem Auslande und zum Kurse des Tages, an dem die Gutschriftsanzeige bei der Reichsbank in Berlin eingeht.

Dollarschatzanweisungen werden zum Nennwert zuzüglich der jeweiligen Zinsen von ⅓ % im Monat (im Monat August zu 102 ⅔) wie Dollars in Zahlung genommen.

Voranmeldungen werden angenommen. Sie sind am ersten Zeichnungstage zu berichtigen, und zwar, soweit die Einzahlung in Mark erfolgt, zu dem für diesen Tag maßgebenden Kurse, soweit sie in Devisen erfolgt, zu den bei den Annahmestellen zu erfahrenden Umrechnungskursen. Bei der Zeichnung findet keine Verrechnung von Stückzinsen statt; an ihre Stelle treten gegebenenfalls Erhöhungen der Zeichnungskurse.

4. Zuteilung der Stücke.

Gezeichnete und bezahlte Beträge gelten als voll zugeteilt, solange die Zeichnung nicht geschlossen ist. Wünsche wegen der Stückelung sind in dem dafür vorgesehenen Raum auf der Vorderseite des Zeichnungsscheines anzugeben. Werden derartige Wünsche nicht zum Ausdruck gebracht, so wird die Stückelung von den Annahmestellen nach ihrem Ermessen vorgenommen. Späteren Anträgen auf Abänderung kann nicht stattgegeben werden.

5. Ausgabe der Stücke.

Die Anleihestücke werden mit Beschleunigung hergestellt werden. Mit der Ausgabe wird Mitte September dieses Jahres begonnen werden. Zwischenscheine sind nicht vorgesehen.

Ist die Zahlung mit Scheck oder Auszahlung erfolgt, so werden die Stücke erst nach Werteingang geliefert.

Berlin, im August 1923.

Reichsbank-Direktorium

Havenstein v. Grimm.

*) Die Prospekte sind bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen und ihren Verbänden sowie Kreditgenossenschaften erhältlich.

Wiener Operettenspiele Rosengarten.
Montag, den 13. August 1923
„Die tolle Komtess"
Anfang 7½ Uhr 14 Ende 10 Uhr.

„Samson und Delila"
fabelhafte Bilder, größte Spannung, 6 Akte.
Chaplin als Pseudograf
Groteske in 2 Akten 5194
Palast-Theater.

Unsere Kanzlei befindet sich jetzt in
L 4, 8
gegenüber der Dragonerkaserne.
Rechtsanwälte 5776
Roediger und Dr. v. Luschka.

Zurückgekehrt!
Dr. Toeplitz
L 2, 14
Montag—Freitag 2—3, Samstag 9—10 Uhr.
Fernsprecher 6759. E133

Else Stoll
Reinhold Petermann
Ingenieur *1420
Verlobte
Neckarau Mannheim

Nach kurzem schweren Leiden verschied am 11. August unser lieber Vater
Herr Hofphotograph
Anton Weinig
im Alter von 73 Jahren 6 Monate.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Mannheim, 13. Aug. 1923.
Die Beerdigung findet heute nachmittag 4½ Uhr von der Leichenhalle aus statt. *1412

Die glückliche Geburt unserer kleinen
Marga
zeigen in dankbarer Freude an *1417
Dr. Andreas Schuster u. Frau Clara geb. Grün
Mannheim, 11. 8. 23 z. Zt. Luisenheim
Inselstr. 10

Beamte!
Neu eingetroffen:
Cretons, Percale, Halbleinen
Handtuch-Damast
Lagerbesuch erbeten. Kein Kaufzwang.
Beamtenwarenvertriebsgesellschaft m. b. H.
Heidelberg Filiale Mannheim N 7, 8.
(Kunzinger Hof). *1408

Dipl.-Ing. sucht um heiraten zu können,
kleine Wohnung
ruhig u. frei gelegen, daher Oststadt od. Vorort bevorzugt. Sehr ruhig, u. solid. Mieter, übernimmt auch schriftl. od. Gartenarbeiten. Angebote unter G. R. 8 an die Geschäftsstelle d. Bl. *1411

Versteigerung!
Am Mittwoch, den 15. August 1923, vormittags 9 Uhr beginnend, ohne Unterbrechung über die Mittagszeit, versteigere ich
im Hause B 5, 2, 3. St.
öffentlich gegen Barzahlung: 3 Chiffoniers, zwei Kommode, 1 Chaiselong., 1 Divan, Tische, Stühle, Bilder, Spiegel, 3 sehr gute kompl. Betten, Nachttische u. 2 Waschkommode m. Marmorpl., Etagere, Küchenschrank, Linoleum u. viel, gut. Hausrat.
Die Möbel sind alle in tadellos gut erhaltenem Zustande u. prima Friedensware. 5848
Ortsrichter Julius Knapp,
gerichtlich verpf. Schätzer.

Günstig lieferbar!
Junker & Ruh 1418
Gasherde mit Backofen
Badeöfen ▪ Wannen
Stehlampen u. s. w.
Richtheimer R 7, 32
Geöffnet ununterbrochen von 8—7 Uhr.

Drucksachen für die gesamte Industrie liefert schnell
Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2.

Telephon 6481
Circus J. Busch
Mannheim, Ende der Augusta-Anlage
Montag abend 8 Uhr
Elite-Vorstellung
das gesamte circensische E131
Riesen-Programm.
Vorverkauf im Cig.-Haus Hoffmann, H 1, 1 und Circuskasse

Beff. Fräul., Witwe v. Zwanzig, sucht zwecks
Heirat
beff. Handwerk, ev. Beamten kenn. zu lern. Zuschrift. m. Bild unt. H. P. 6 a. d. Geschäftsst. *1407

Aus Privathand
Piano
zu mieten gesucht. Angebote erb. an W. Meyer, D 2, 15.

Fräul. empfiehlt sich zum
Anfertigen von einfach. Kleidern u. Wäsche
sowie Ausbessern.
Angeb. unt. G. O. 5 an die Geschäftsst. *1406

MARCHIVUM